254 Hz 38
STADTBIBLIOTHEK DORTMUND

38. Jahrgang | Bochum, den 2. Januar 1926 | Nummer 1

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

1926/4809

Scheck-Konto Hannover Nr. 576 13 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38/42

Telephon-Nummern: 4300, 4301. Telegramm: Altverband Bochum

Kampfjahr 1926.

Den deutschen Bergleuten geht es besonders schlecht, weil in ihrer Industrie die Anpassung an neue Verhältnisse zu spät erkannt und zu spät und unsozial durchgeführt wurde. Für sie ist die Krise noch gefahrdrohender als für manche anderen Berufe. Sie können auch noch nicht wieder überall die Kraft aufbringen, die wünschenswert ist zur Verteidigung und zum Angriff, um für lebensbedrohende Arbeit anständigen Lohn und menschenwürdige Arbeitszeit zu erringen.

Diese Kraft systematisch, täglich und stündlich zu stärken, ist heute notwendiger denn je, **denn 1926 soll nach dem Willen der Unternehmer ein Kampfjahr gegen die Arbeiterschaft sein.**

Mehr wie je laufen die Unternehmer Sturm gegen die ärmliche Sozialpolitik, ärger denn je möchten sie die Staatsgewalt unter ihr kaudinisches Joch beugen.

Am 17. Dezember hat der Reichsverband der deutschen Industrie eine Denkschrift veröffentlicht, in der er der Reichsregierung noch einmal seinen Wunschzettel auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet unterbreitet. Zunächst läuft die Denkschrift Sturm gegen die Ausgabenwirtschaft, besonders bei den Ländern und Gemeinden. Aber auch die Finanzwirtschaft des Reiches bekommt ihr Teil. Um ein volles Fünftel, verlangt die Denkschrift, müßten die öffentlichen Ausgaben eingeschränkt werden. Das soll aber weniger durch Abstriche an den einzelnen Posten, als durch Verminderung der öffentlichen Aufgaben geschehen. Die Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft wird hier in erster Linie gefordert. Auch das Eingreifen öffentlicher Organe in das Wirtschaftsleben will die Denkschrift abgebaut wissen.

Ueber den zweiten Teil, Aenderung des Tarifwesens von Eisenbahn und Post, seien hier keine längeren Ausführungen gemacht.

Der dritte Abschnitt behandelt die Sozialpolitik. Die alten Gedankengänge der Unternehmer werden hier, soweit wir nach den Auszügen in der Presse erkennen können, wiederholt: Sozialpolitik im allgemeinen ist notwendig, die gegenwärtige Sozialpolitik zerstört die eigene Verantwortung der Volksmassen, die Gesamtbelastung ist zu hoch.

In der Frage des Arbeitslohnes vertritt nach dem Auszug der „Kölnischen Zeitung" der Reichsverband den Standpunkt, „daß er sich nach der Leistung der menschlichen Arbeitskraft, nach Absatz- und Arbeitsmarkt sowie nach den sonstigen Herstellungskosten richten und auch dem allgemeinen Wohlstand der Volkswirtschaft angepaßt sein müsse. Der Lohn sei mit der Wirtschaftskurve und mit der Wohlstandskurve aufs engste verknüpft. **Den Vergleich der gegenwärtigen Löhne mit den Friedenslöhnen lehnt die Denkschrift unter der Begründung ab, daß wir heute eine ganz andere Wirtschaftsgrundlage hätten als im Jahre 1913.** Es sei sogar für den Arbeitnehmer auf die Dauer nicht von Nutzen, wenn er sich — ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Herstellungskraft der Wirtschaft — einen höheren Nominallohn erkämpft. Der Vorteil werde alsbald durch ein Steigen der Preise zunichte gemacht werden. **Die Forderung von Lohnerhöhungen unter Berufung auf das Existenzrecht des Menschen wird für eine schöne ethische Forderung erklärt, die jedoch bei den nun einmal bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht ohne weiteres verwirklicht werden könne.** Eine Gleichmacherei der Löhne, wie sie unser geltendes Tarif- und Schlichtungswesen gebracht hat, wird verworfen, da sie keine gerechte Lösung des Lohnproblems schaffe. Gegen die in der letzten Zeit geübte Praxis im Schlichtungswesen wird geltend gemacht, daß der Verbindlichkeitszwang nur den Arbeitgeber belaste, nicht aber den Arbeitnehmer, da die für verbindlich erklärten Schiedssprüche stets nur gegen den Arbeitgeber vollstreckbar seien. Eine längere als die Normalarbeitszeit wird dort gefordert, wo damit nachweislich eine Steigerung der Herstellungskraft verbunden ist, ferner, wo bei bester Arbeitsorganisation in einer kürzeren Arbeitszeit nicht das gleiche Ergebnis erzielt werden kann, das eine längere Arbeitszeit zu bringen imstande ist. Die Behauptung, daß eine verkürzte Arbeitszeit durchschnittlich und auf die Dauer bessere Ergebnisse gewährleiste, wird als widerlegt zurückgewiesen."

Auch den Abschnitt über die Kreditpolitik wollen wir hier übergehen. Im sechsten Abschnitt, Handelspolitik, wird gegen andere Länder der Vorwurf erhoben, daß sie durch hohe Schutzzölle Monopole auf dem Inlandsmarkt schüfen, um dann die Ausfuhr mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

Zur Rationalisierung unserer Produktion wird gesagt:

„Für den technischen Fortschritt seien drei Dinge erforderlich: Die Fortentwicklung des wirtschaftlichen und praktischen Könnens, die Ausbildung eines Nachwuchses an hochwertigen Facharbeitern und die Umstellung des Verbrauchs auf die neuen Formen der Güterherstellung. Ueber die Sonderfrage des Zusammenschlusses wird ein abschließendes Urteil nicht abgegeben, es wird aber festgestellt, daß die Zusammenbrüche der letzten Zeit auf Erscheinungen zurückzuführen seien, die mit dem Gedanken des Zusammenschlusses selbst nichts zu tun hätten. Sehr ausführlich wird dann über die Vorteile und Nachteile des Zusammenschlusses gesprochen, wobei auch die Frage: „Großbetrieb oder Kleinbetrieb?" behandelt wird. **Eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit wird als unvermeidlich erklärt. Je ungehinderter man aber der Entwicklung freien Lauf lasse, um so eher werde diese gefährliche Krise überstanden sein. Eine allgemeine Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt,** andererseits aber eine Reform der produktiven Erwerbslosenfürsorge empfohlen. Die Auffassung des Reichsverbandes in der Kartellfrage ist bereits auf dem jüngsten Kartelltag erörtert worden. Die Denkschrift erklärt maßvolle und auf das Wohl des Ganzen bedachte Kartelle für gesund, wendet sich aber ausdrücklich gegen die zahlreichen Mißbräuche im Kartellwesen. Nach der Ueberzeugung des Reichsverbandes wird die Not der Weltwirtschaft zur Schaffung internationaler Kartelle Anlaß geben."

* *

Seit Jahr und Tag herrscht in Deutschland eine Regierung, die so klassisch wie kaum je eine zuvor ein Ausschuß der besitzenden Klasse ist. Zwangsläufig hat auch diese Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik Wege gehen müssen, innenpolitisch, innenwirtschaftlich hat sie die Interessen ihrer kapitalistischen Auftraggeber vortrefflich wahrgenommen. Aber immer konnte sie die Wünsche der Schwerindustrie nicht erfüllen, wenn sie zu brutal, zu einseitig und engstirnig waren.

Neuerdings sind Veröffentlichungen über die **Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände** (gewissermaßen die sozialpolitische Organisation der Unternehmer, teils in Personalunion mit dem Reichsverband stehend) erfolgt, die diese Vereinigung in der Achtung aller vernünftigen Menschen sehr herabsetzen und staatsanwaltliches Vorgehen nach sich ziehen müßten. Der „Deutsche", das christliche Organ Stegerwalds, bekämpfte die Unternehmervereinigung wegen ihrer sozialpolitischen Haltung und stellte dabei fest, daß bei ihr ein Korruptionsfonds bestehe, aus dem staatsfeindliche Leute und Organisationen unterstützt würden. Herr v. Borsig hat in einem Dementi nicht abstreiten können, daß aus diesem Fonds Broschüren des sich sozialistisch nennenden „Firn"-Verlags, die als geeignetes Material zur Bekämpfung gewerkschaftlicher Forderungen erschienen, zu Tausenden von den Unternehmern gekauft und vertrieben wurden. Von einem „Darlehen" von 5000 Mk., das von diesem Verband durch Franz Behrens, den Führer des christlichen Landarbeiterverbandes, an Oberleutnant Schulz, den Matador der „Schwarzen Reichswehr" und der völkischen „Feme" gegangen sei, weiß Herr v. Borsig nichts. Das „Berliner Tageblatt" teilte mit, daß über die Verwendung dieses Fonds von **250 000 Mark,** der angeblich „dem Kampf um die Regelung der Arbeitszeit" dient, in der Leitung der Vereinigung erhebliche Meinungsverschiedenheiten beständen. Anscheinend macht aber der Verwalter, Herr v. Zengen, gegen den Willen Dr. Tänzlers, mit dem Gelde was er will. Eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung wäre wirklich am Platze.

Auf keinen Fall aber hat diese Unternehmervereinigung ein Recht, sich als patentierten Hüter des Wirtschaftsfriedens und als Wegweiser zur Gesundung unserer Wirtschaft, für vernünftige Sozialpolitik aufzuspielen!

Doch zurück zum Programm des Reichsverbandes, der, wie gesagt, sozusagen identisch ist mit der Vereinigung. **Die maßgebenden Kreise der Industrie haben durch ihre Politik das Reich zeitweise an den Rand des Abgrunds gebracht,** im Kriege, nach ihm, in der Inflations- und der Stabilisierungszeit. Geeignete Ratgeber im Volksinteresse sind sie also nicht, denn sie haben immer ihr engstes Profitinteresse mit Staats- und Volkswohl gleichgesetzt! Wenn sie heute einen Abbau des Aufgabenkreises der öffentlichen Gewalt fordern, so ist dem im allgemeinen schärfstens zu widersprechen und nur über Einzelfragen könnte man sich ernsthaft unterhalten. Steuer-, Wirtschafts- und Zollpolitik wurde in ihrem Sinne getrieben, so daß sich heute selbst Kreise der verarbeitenden Industrie, so auf der Tagung der Maschinenfabrikantenvereinigung, gegen diese Politik, für eine Politik des Zollabbaues, der Erhaltung guter Reallöhne, der Stärkung der Volkskaufkraft einsetzen. Aber greifen wir aus der Steuerpolitik nur ein Kapitel heraus und prüfen daran das Geschrei, das über Bevorzugung der Arbeiterschaft von der Unternehmerpresse gemacht wird:

Die Lohnsteuer, sagen die Unternehmer immer, werde auf sie abgewälzt. Neuerdings behaupten sie, daß die höheren seien. Beides ist falsch. Im ersteren Falle braucht man es wohl nicht zu beweisen, da die Lohnpolitik der Unternehmer Beweis genug ist. Im zweiten Fall beweist die Begründung des vom Reichstag angenommenen Entwurfs zur Senkung des Steuerabzugs vom Lohn, daß die Behauptung falsch ist. Zu den Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 2400 Mk., im Durchschnitt 1750 Mk., gehörten danach fast 90 Prozent, zu denen mit einem Einkommen von 2400—5000 Mk. = 8,6 Prozent. Die Einkommen über 5000 Mk. stellten noch nicht 2 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen dar. Der Ertrag dieser Steuer verteilt sich so, daß in Prozenten der Gesamtsumme bisher aufbrachten bezw. nach der neuen Regelung vom 1. Jan. 1926 aufbringen:

	bisher	ab 1. Januar 1926
1 750 Mk.	63,2 %	55,0 %
3 600 Mk.	22,8 %	27,0 %
6 000 Mk.	7,0 %	9,6 %
12 000 Mk.	3,6 %	4,5 %
20 000 Mk.	3,4 %	4,4 %

Auch nach dieser Regelung bringen also die Einkommen bis 3600 Mk. noch **mehr als 4 Fünftel** des ganzen Ertrags auf!

Selbst auf Gebieten, auf denen mancher gar nicht daran denkt, verfolgen die Unternehmer, besonders die der Schwerindustrie, hartnäckig und überall die Stärkung ihrer Macht.

Der Kampf um die Eingemeindungen im Ruhrgebiet ist, so wenig das auch auf den ersten Blick auffällt, ein Stück Kampf der Schwerindustrie um Wiedergewinnung alter Positionen. Das Wirken dieser Industrie in Gemeindefragen, wie es sich vor dem Kriege abspielte, war vielfach eine Kulturschande, und was unter diesem Regiment im Ruhrgebiet volksgesundheitlich, städtebaulich und verkehrspolitisch versaubeutelt wurde, läßt sich in Jahrzehnten nicht reparieren. Es war ja so schön unter dem alten Dreiklassenwahlrecht: Der Herr Direktor mit einigen Getreuen bildeten die Vertreter der ersten Abteilung, gefügige Angestellte die zweite und in der dritten saßen Spießbürger. Erst nach und nach verschob sich das Bild in den Industriegemeinden, als auch unter dem alten Wahlrecht die Arbeiter schon die dritte und manchmal die zweite Abteilung eroberten.

Nach der Revolution ist es anders geworden. Wählerklassen gibts nicht mehr, das Steuersystem ist anders, auf diesem Gebiet kann die Schwerindustrie in der bisherigen Gemeinde einmal nicht den Einfluß ausüben, den sie möchte, zum andern liegt der Schwerpunkt der Steuerpolitik beim Reich. Deshalb das Toben gegen die vermehrten Staatsausgaben, aber auch gegen die Finanzpolitik der Gemeinden. Deshalb aber auch der Kampf der Schwerindustrie um eine Art der Eingemeindung, die möglichst viele industrielle Werke in einer Großstadt zusammenfaßt, wenn auch daneben größere Gemeinwesen mit leistungsunfähiger Kleinbürger- und Arbeiterbevölkerung bleiben oder gebildet werden. Eine neue Art von Gefahr schwerindustrieller Herrschaft könnte sich hier auftun, wenn die arbeitende Bevölkerung so dumm bleibt wie bisher: einmal sich selbst zu spalten in zwei sozialistische oder angeblich sozialistische Parteien und dann zum großen Teil bürgerlich zu wählen!

Die sozialpolitischen Forderungen des Reichsverbandes atmen den bekannten Geist. Wir wollen Erhaltung und Erhöhung der Reallöhne nicht nur im Interesse des einzelnen Arbeiters, sondern des ganzen Volkes, weil wir in der dadurch bedingten Kaufkraftstärkung die beste Methode zur Belebung der Produktion sehen. Die Unternehmer sagen: Existenzrecht — Unsinn, längere Arbeitszeit ist notwendig! Darüber zu streiten lohnt nicht, **wir sollen uns nur klar darüber sein, daß die Unternehmer diese volksfeindliche Einstellung behalten und ihr mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen suchen.** Wehe der Arbeiterschaft, wenn sie weiter zum großen Teil so gleichgültig und dumm bleibt, wie sie es in den letzten Jahren war!

Wenn die Unternehmerdenkschrift sich gegen staatliche Industriesubventionen wendet, so hat sie recht. Sie bedeuten künstliche Verlängerung und Verschärfung des Konkurrenzkampfes und sein Austragen auf dem Rücken der Arbeiter. Aber auch bei uns rufen schon Unternehmerkreise nach solchen Subventionen, die es aber abzuwehren gilt.

Wenn die Denkschrift zur Frage der Rationalisierung Ausbildung eines Nachwuchses an hochwertigen Facharbeitern fordert, so ist an sie selbst die Mahnung zu richten, eine solche Ausbildung nicht zu unterbinden. Das geschieht, wenn man den Tariflohn als Höchstlohn betrachtet und der Fortbildung soviel Schwierigkeiten bereitet, wie das in den letzten Jahren vielfach zu verzeichnen war.

Ungehindert soll die Krise sich auswirken! Der Lohn soll sich nach dem Arbeitsmarkt richten! Eine Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt! So möchte es den Herren passen! **Millionenfach ungeheures Elend, wenn sie nur verdienen!** Merken die Herrschaften eigentlich gar nicht, daß sie beginnen, auf einem Vulkan zu tanzen? **Wehe ihnen, wenn er losbräche!**

Doch diesen Kreisen Vernunft predigen, hieße Eulen nach Athen tragen. Und doch gesunden Produktion und Volk nicht, wenn diese geistige Einstellung des Unternehmertums nicht überwunden und ihr Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung nicht gebrochen wird.

Im Reich kuhhandelt man um neue Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten lehnen Beteiligung ab, wenn ihnen nicht im Regierungsprogramm Schutz der Republik, Abwehr der Fürstenhabgier, Sicherung des Achtstunden-Normalarbeitstages, ausreichende Hilfe für die Opfer der Krise usw. zugesagt wird. Vielleicht wird Dr. Luther wieder ein „Beamtenkabinett" bilden, um den Deutschnationalen die Tür offen zu halten. Vielleicht wird er versuchen, mit dem Belagerungszustand zu regieren!

Wirtschaftlich und politisch steht so 1926 alles im Zeichen drohender schärfster Kämpfe. Erkennt es! Handelt danach! Stärkt eure Organisation für alle nur denkbaren Fälle, sei es Wirtschaftskampf, parlamentarische oder außerparlamentarische Kämpfe

---

Victor Kalinowski:

Zum neuen Jahre.

Wenn wir ein neues Jahr beginnen
Und grüßen seinen ersten Tag,
Dann wünschen wir uns Glück und sinnen,
Was uns sein Kreislauf bringen mag.

Das Horoskop der armen Leute
Ist jedes Jahr auf »Krebs« gestellt.
Wir bleiben ein Objekt der Beute,
Wenn uns kein Ziel zusammenhält.

Wir werden nicht die Sorgen meistern,
Wenn unser Trotz sich nicht beschwingt,
Wenn wir uns nicht zur Tat begeistern,
Die einst uns die Erlösung bringt.

Wir bleiben Nullen im Geschehen,
Das unaufhaltsam vorwärts rollt,
Wenn wir nicht zueinanderstehen,
Wenn ein Gewitter uns umgrollt.

Wir werden mit den Nöten ringen
Und immer Aschenbrödel sein,
Wenn wir dem Kampf nicht Opfer bringen,
Um uns von Drangsal zu befrein.

Wenn eisern wir zusammenhalten
In jeder Stunde der Gefahr,
Wird froh auch unser Los gestalten
Das runenreiche neue Jahr.

Die Verhältnisse im amerikanischen Bergbau.

Vortrag des Kameraden Husemann auf der Revierkonferenz am 14. Dezember 1925 in Berlin.

Zum Bereisen aller amerikanischen Bergwerksgebiete reichte die zur Verfügung stehende Zeit nicht aus. Wir besuchten deshalb nur die wichtigsten, und zwar das Hartkohlengebiet Ost-Pennsylvanien, wo die Arbeiter seit dem 1. September restlos im Streik stehen, ferner das Weichkohlengebiet in West-Pennsylvanien, West-Virginien, Indiana und Illinois. Ich allein besuchte nachher den Bezirk Colorado, um in Verbindung zu kommen mit dem Verband der Metallerzbergarbeiter. Dort besichtigte ich auch ein Goldbergwerk.

Wichtige Verbindungen konnten wir anknüpfen und gute Informationen erhielten wir schon in Newyork, Chicago und Washington. Sowohl von den Gewerkschaften wie von Behörden, aber auch von Unternehmern wurden wir freundlich aufgenommen. Die Zentralbehörden und die einzelnen Staatsbehörden halfen uns aufs liebenswürdigste. Wir bekamen von allen Seiten soviel schriftliches Material, daß wir noch nicht wissen, wie wir es bearbeiten sollen. Alles Material, welches wir wünschten, bekamen wir. Wir hatten den Eindruck, daß man in Amerika in solchen Dingen viel weit- und offenherziger ist als bei uns. Von „vertraulichem" Material war fast nirgends die Rede.

Wenn man sich ein Bild über amerikanische Verhältnisse machen will, muß man daran denken, daß die Einwohnerzahl Amerikas viel größer, die Bevölkerungsdichte viel geringer ist als in Deutschland. Deutschland hat jetzt 472 034 Quadratkilometer und ca. 63 Millionen Einwohner. Auf einen Quadratkilometer entfallen 130—135 Einwohner. Europa hat 9 910 000 Quadratkilometer Flächeninhalt mit 450 Millionen Einwohnern, also 45,5 Einwohner pro Quadratkilometer. Die Vereinigten Staaten von Amerika allein haben einen Umfang von 7 839 064 Quadratkilometer mit 110 Millionen Einwohnern oder auf den Qudratkilometer 14 Einwohner. Schon daran sieht man, daß die Verhältnisse in Amerika ganz anders liegen als bei uns. Ein Zusammenpferchen der Bewohner wie bei uns im Ruhrgebiet kennt man nur an einzelnen Stellen. An den Gewinnungsorten der Kohle drängt sich die Eisenindustrie längst nicht so zusammen wie bei uns. Die Hüttenindustrie hat sich an die Wasserwege gezogen, wo sie das Erz und zum Teil auch die Kohle auf dem Wasserwege frachtgünstig erhalten. Man findet in Amerika auf den Gruben auch nicht die Nebenproduktion in dem Maße wie bei uns. Die Hartkohle eignet sich dafür nicht und auch bei der Weichkohle hat man in manchen Bezirken keine Einrichtungen für Nebenproduktengewinnung. In Illinois habe ich solche Einrichtungen überhaupt nicht gesehen. Vielfach haben aber auch große Stahlwerke bei Chicago und Pittsburgh große Kokereien mit Nebenproduktengewinnung. Es scheint wirtschaftlicher zu sein, die Kohle an die Stahlwerke heranzubringen, um aus den verschiedenen Sorten einen guten Mischkoks zu erzielen. Auch in Deutschland werden wir diesen Weg gehen müssen.

Die Zahl der Berufstätigen beträgt in Amerika nach der letzten Zählung 41,6 Millionen. Davon waren gewerkschaftlich organisiert 2,8 Millionen. Damit ist allerdings die Zahl der Organisierten nicht erschöpft. Große Organisationen, wie die der Eisenbahner, der Lokomotivführer usw. gehören dem Bunde nicht an, können es zum Teil auch nicht, weil schon andere Organisationen desselben Berufes dem Bund angehören und die Zentralisation hier noch nicht vollzogen ist. In Deutschland haben wir 24,1 Millionen Erwerbstätige, dem ADGB. und der AfA. gehören 4,62 Millionen Organisierte an; wenn man die Christlichen usw. hinzurechnet, sind es vielleicht 5,2 Millionen. Der Prozentsatz der Organisierten ist also in Deutschland viel größer als in Amerika.

Der Bergbau Amerikas beschäftigte nach der letzten Zählung ca. 993 000 Arbeiter. Davon entfallen etwa 157 000 auf das Hartkohlengebiet Ost-Pennsylvaniens, 640 000 auf das Weichkohlengebiet und 175 000 auf die verschiedenen Erzdistrikte. Die Metallerz- und Eisenerzbergarbeiter sind nicht dem „United Mine Workers of America" in Indianapolis angeschlossen, sondern haben einen eigenen Verband („International Union of Mine, Mill and Smelter") mit dem Sitz in Denver (Colorado). In diesem Verband sind nicht nur die Erzbergleute, sondern auch die Schmelzer organisiert.

Die Förderung betrug 1924 in der Hartkohle 87,9 Mill. To., in der Weichkohle 483,6 Mill. To. Wir können von Glück sagen, daß zwischen Amerika und Europa 3582 Seemeilen liegen, sonst könnten wir bei der Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Kohle unsere Gruben zumachen.

Die geologischen Verhältnisse im amerikanischen Bergbau sind außergewöhnlich günstig. Der Hartkohlenbergbau wird zu einem geringen Teil im Tagebau betrieben, und wo das nicht der Fall ist, liegen die Flöze nicht sehr tief. In der Weichkohle gibt es fast nur flache Lagerung. Dadurch wird die Anwendung von Schrämmaschinen, Kohlenschneidern und Lademaschinen begünstigt. Die maschinelle Ausrüstung der Gruben ist viel weiter vorgeschritten als in Deutschland. 1923 wurden 21 229 Kohlenschneider im Weichkohlengebiet benutzt, 67 Prozent der Förderung auf maschinelle Art gewonnen, und das hat sich seitdem noch weiter entwickelt. Die Folge ist ein bedeutend höherer Förderanteil auf den Kopf der Belegschaft als bei uns. Vielfach herrscht Stollenbetrieb vor und auch bei den Schächten liegt die Kohle nur 100—500 Fuß tief. Die Flöze haben eine Mächtigkeit von 3—14 Fuß.

Im Hartkohlengebiet Pennsylvaniens war unser Besuch nicht so ergiebig, weil die Betriebe infolge des Streiks stillstanden. Trotzdem konnten wir eine kleinere und eine größere Grube befahren. Die Verwaltung gestattete die Anfahrt, die Bergleute hatten schon vorher dafür gesorgt, daß alles wetterfrei war. Der Streik war allgemein. Die Streikenden fordern: einen neuen Tarifabschluß für 2—5 Jahre, 10 Prozent Lohnerhöhung für Gedingearbeiter, Lohnerhöhung für die Schichtlöhner und Einführung des check-off-Systems (Abzug der Verbandsbeiträge vom Lohn und Abführung an den Verband). Der Streik konnte als ein gemütlicher bezeichnet werden, denn es gab weder Streikposten noch Streikbrecher. Auch wurde, trotzdem seit dem 1. September gestreikt wurde, keine Unterstützung gezahlt.

Die Bundesregierung hat in Pittsburgh ein „Bureau of Mines" eingerichtet, dem eine technische Hochschule angegliedert ist. Dicht bei Pittsburgh ist ein großes Versuchsbergwerk eingerichtet, in dem wir alle Methoden des amerikanischen Bergbaues ansehen konnten. Die Grube ist eingerichtet, um alle Sprengstoffe zu probieren und alle sonstigen Versuche zu machen. Uns wurden auch Kohlenstaubexplosionen und das Wirken von Gesteinstaubschranken vorgeführt.

Im Weichkohlengebiet von Illinois befuhren wir mehrere Gruben. Die größte davon, Orient II in West-Frankfort, beschäftigte [illegible] Personen. Sie fördern 8- bis 10 000 To. täglich. Die Verwaltung ist bestrebt, diese Förderung auf 12- bis 15 000 Tonnen zu erhöhen. Dies ist allerdings eine Rekordzeche. Die Durchorganisierung dieses Betriebes ist geradezu eine Meisterleistung, bei der man aber stets auch darauf bedacht ist, daß keinem Arbeiter Unrecht geschieht. Neben der Handarbeit und dem Schießen aus dem Vollen heraus herrschte hier in der Hauptsache Maschinenarbeit: Kohlenschneider, Bohrmaschinen und Lademaschinen. Eine solche Lademaschine lädt in 8 Stunden [illegible] Tonnen Kohlen ein. Sie findet schon Verwendung bei Flözen von 4—5 Fuß Mächtigkeit. Die Arbeitsstätten sind 21 Fuß breit, die Lademaschine rückt von einem Betriebspunkt zum anderen nach. Gefördert wird nur in einer Schicht. Am Schluß der Schicht kommt der Schießmeister und schießt, am anderen Morgen ist alles von Dampf frei und die Lademaschinen können arbeiten. Eine andere Grube, die früher ein paar hundert Arbeiter beschäftigte, hat jetzt infolge der maschinellen Arbeit nur 27 Arbeiter. Sie hat eine eigene Konstruktion von Lademaschinen, an deren Verbesserung die Ingenieure ständig arbeiten. Eine kleine Grube mit 104 Arbeitern in Belleville (Illinois) hatte nur Handbetrieb. Es wurde mit der Hand gebohrt, geladen usw., trotzdem leisteten die 104 Arbeiter, die nicht einmal alle bei der Kohlengewinnung beschäftigt waren, 600 To. pro Schicht. Die Grube gehört 20 Bergarbeitern, die vor 20 Jahren mit je 500 Dollar Anteil diese Grube begonnen hatten. Ein Teil dieser Eigentümer war noch in der Grube beschäftigt. Auf diesen beiden Gruben waren verhältnismäßig viel deutsche Arbeiter und deshalb bekamen wir gute Informationen.

Im Weichkohlengebiet von Illinois findet man auch Tagebau. Aber auch hier wird großzügig gearbeitet. Große Brecher beseitigen die Steine und Sandmassen, um die Kohle freizulegen. Die Greifer der Maschinen holen auf einmal 12—14 To. heraus. Unter Berücksichtigung dieser technischen Einrichtungen und der guten geologischen Lage ist es verständlich, daß der Förderanteil pro Kopf und Jahr in der Hartkohle 550—600, in der Weichkohle 750—760 To. im Durchschnitt beträgt.

Die Arbeitszeit ist im ganzen amerikanischen Bergbau einheitlich 8 Stunden vor Ort. Die amerikanischen Bergarbeiter legen nicht so sehr Wert auf kurze Arbeitszeit als auf hohen Lohn. Das Statut des Verbandes fordert zwar die Sechsstundenschicht, aber jetzt herrscht noch die achtstündige reine Arbeitszeit vor. Auf der Grube Orient II war von 12—1 Uhr mittags Pause, während welcher der ganze Betrieb über und unter Tage ruhte. Die Zahl der in einem Jahre verfahrenen Schichten ist geringer als in Deutschland. Nach der Statistik wurden im Anthrazitgebiet von 1910—1922: 151—298 Schichten verfahren. Diese höchste Ziffer wurde 1918 erreicht. 1924 waren 274 Schichten zu verzeichnen. In der Weichkohle wurden in derselben Zeit 142—249 Schichten verfahren, diese höchste Zahl auch im Jahre 1918. 1924 wurden im Staate Illinois, wo 90 000 Bergleute arbeiten, 149 Schichten verfahren, mehr als 185—187 Schichten waren in diesem Bezirk in keinem Jahre zu verzeichnen.

Das Arbeitstempo soll in Amerika bedeutend rascher sein als bei uns. Ich habe in den letzten Jahren eine Anzahl deutscher Gruben befahren und bin überzeugt, daß dort, wo nicht die Maschine das Tempo bestimmt, der amerikanische Bergmann nicht härter arbeitet als der deutsche. Die Gefahren der Grube sind infolge der geringeren Teufe auch geringer als bei uns. Allerdings sind auch in Amerika die Unfallziffern gestiegen. Die geringere natürliche Gefahr wird aber durch die Maschinenarbeit vergrößert. Wer an der Lademaschine ist, muß dafür sorgen, daß die Maschine immer zu arbeiten hat, sonst lohnt sich die Maschinenarbeit nicht. Diese Arbeit wird im Schichtlohn getätigt. Das meist gute Gebirge hat geringen Holzverbrauch im Gefolge. Auf der bereits erwähnten Versuchsgrube mit 27 Mann fand ich in einer Breite von 21 Fuß und einer Tiefe von 100—150 Fuß fast gar keinen Stempel Holz. Der Betriebsführer sagte mir, daß hier die Holzkosten 1 Cent pro Tonne nicht überstiegen. Der Präsident des amerikanischen Kohlenbergarbeiterverbandes, Kamerad Lewis, sagte mir, daß in der Weichkohle in den Staaten Ohio, West-Pennsylvanien, Indiana und Illinois die Holzkosten einschließlich des Transportes in die Grube 5—7 Cent die Tonne nicht überstiegen, im Hartkohlengebiet betrügen sie allerdings 45 bis 50 Cent, weil hier die Kohle zum Teil in 20—25 Grad ansteht und auch das Gebirge nicht so gut ist. Von Bergeversatz ist überhaupt nicht die Rede, was abgebaut ist, bleibt liegen, weil man sich das bei dem Kohlenreichtum des Landes gestatten kann. Wald- und Forstkultur haben wir auf unserer Reise überhaupt nicht gesehen, trotzdem wir 8- bis 9000 Kilometer zurücklegten.

Gedingearbeit wird ungefähr 30 Prozent verrichtet, während 70 Prozent der Arbeit in Schichtlohn geleistet wird. Ueberarbeit gibt es im amerikanischen Bergbau nur in Notfällen.

Die Berechnung der Förderung ist in Amerika mustergültig geregelt. Das Produkt muß laut Bundesgesetz gewogen werden. Unsere Unternehmer sagen, das ginge nicht, in Amerika denkt man nicht an eine solche Behauptung. Auf der großen Grube Orient II, die 8- bis 10 000 To. täglich fördert, werden die Kohlen nicht in den Förderwagen herausgebracht. (Die Förderwagen faßten 1½ bis 4 Tonnen, dabei werden große Stücke bis einen halben Meter über den Rand geladen.) Die Schlepper brauchen die Wagen aber nicht zu schieben. Maulesel kommen bis vor die Arbeit oder bei Maschinenladung kommt sogar die Lokomotive bis dorthin. Wenn der Zug von 10—15 Wagen zum Schacht kommt, werden die Wagen gekippt und der Inhalt gewogen, ohne daß die Kuppelung der Wagen losgemacht werden braucht. Ein Arbeiter- und ein Unternehmervertreter stellen das Gewicht fest. Zum Schluß der Schicht werden die Notizen gegenseitig verglichen und auf Differenzen kontrolliert. Während des Transports verunglücken auch Wagen, ganze Haufen Kohlen fallen herunter. Diese Kohlen werden gesammelt, zuerst herausgefördert und gewogen. Die Wagen mit geringem Gewicht erhalten von diesen gesammelten Kohlen den Fehlbetrag angerechnet und wenn etwa 20 Tonnen übrig bleiben, wird der Lohn für 10 To. dem Unternehmer für das Aufladen gutgeschrieben und der Lohn der anderen 10 To. für die Bezahlung des Wiegemeisters verwandt. So brauchen die Arbeiter oft gar keinen Beitrag für den Wiegemeister zu zahlen, dessen Bezahlung ihnen sonst obliegt. Die Arbeiter haben aber vor allen Dingen die Gewißheit: unser Vertreter ist dabei, wir werden gerecht behandelt. Diese ganze Methode regelt der Tarifvertrag.

Kaßwäschen gibt es auf den Zechen nicht, die Arbeiter am Leseband und beim Sortenklauben bekommen etwa 7 Dollar Schichtlohn. Von den größten Stücken bekommen auch die Bergleute ihre Deputatkohle, für die sie 25 Prozent weniger zahlen, als der Preis für den Landabsatz beträgt.

Für die Weichkohlengebiete besteht das Jacksonville-Abkommen. Die Verträge auf Grund dieses Abkommens regeln jede Kleinigkeit der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Lohn, Abzüge für Geschoß, für Reparatur des Gezähes, Strafen usw. Wo Kohlen mit der Hand geladen werden, ist die Lieferung reiner Kohle vorgeschrieben. Wenn man einen Betrieb in Verdacht hat, daß er unrein ladet, werden einige Wagen umgekippt, die Steine daneben gelegt, und Hauer und Schlepper haben Gelegenheit, sich die Bescherung anzusehen. Das erstemal wird eine Strafe von 50 Cent verhängt, später 1 oder 2 Dollar, bei Wiederholung müssen die Arbeiter auf zwei Tage mit der Arbeit aussetzen oder es erfolgt die Entlassung.

Auf der kleinen Zeche mit 27 Arbeitern, die wir befuhren und wo nur mit der Maschine geladen wurde, hatte man noch 15 bis 20 Prozent Steine in den Kohlen. Um die [illegible] zu vermindern, war man bestrebt, zu reinerer Förderung zu kommen.

Die Löhnung erfolgt zweimal monatlich, am 16. für die letzte Hälfte des vergangenen und am 30. für die erste Hälfte des laufenden Monats. Das check-off-System ist in einigen Bezirken geregelt, besonders dort, wo die Bergleute restlos organisiert sind. So ist dies System in Illinois restlos durchgeführt. Der Verbandsbeitrag wird von der Zeche vom Lohn abgehalten und dem Verbandskassierer überwiesen. Der Kassierer oder der Sekretär hat das Recht, eine beglaubigte Abschrift der Lohnliste zu verlangen. Abgehalten werden nicht nur die regelmäßigen Beiträge von einem Dollar pro Monat, sondern auch die Extrabeiträge, die in Illinois zurzeit 2 Prozent des Lohnes betragen. In manchen Berufen und Bezirken werden Unorganisierte nicht zugelassen. Wer in Ost-Pennsylvanien bis zum 15. jedes Monats nicht seine Monatsnummer an der Mütze hat, kann ruhig nach Hause gehen, er wird von der Belegschaft nicht zur Arbeit zugelassen.

Durch Vereinbarung mit dem Unternehmer besteht in den einflußreichen Bezirken eine Einrichtung, die unseren Betriebsräten gleicht. Das tarifliche Schlichtungswesen ist ziemlich gut ausgebaut. Ein Pit-Komitee von drei bis fünf Mann vertritt die Belegschaft. Wenn dieses Komitee feiern muß, um infolge einer Beschwerde etwas zu untersuchen, wird der Lohnausfall aus Beiträgen der Arbeiter ersetzt. Auch die Schlichter, die von Arbeiterseite gestellt werden, erhalten ihre Bezahlung aus Arbeiterbeiträgen. Bei irgendeiner Differenz versucht zunächst das Pit-Komitee zu schlichten. Wenn keine Verständigung erzielt wird, nimmt die Zahlstelle (Lokalunion) die Sache in die Hand. Wenn auch dort keine Schlichtung möglich ist, versucht es die Subdistriktsleitung. Wenn auch hier keine Einigung erzielt wird, dann bringt die Distriktsleitung die Sache vor die beiden Schlichter, je einen Arbeiter- und Unternehmervertreter. Beide untersuchen den Fall gemeinschaftlich auf der Grube und wenn sie sich einigen, fügt sich ihrem Spruche jeder unweigerlich. Weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer fällt es ein, einen solchen Spruch nicht anzuerkennen. Kommt ein solcher Spruch auch hier nicht zustande oder handelt es sich um eine grundsätzliche Entscheidung, dann kommt der Fall vor die obere tarifliche Schlichtungsbehörde, die aus zwei oder drei Vertretern von jeder Seite besteht und zu der auch Unparteiische hinzugezogen werden können. Diese Instanz entscheidet endgültig. Auch sind ihre Entscheidungen richtunggebend für die unteren Schlichtungsorgane. Die Kosten trägt jede Partei für sich. Alle diese Bestimmungen beruhen nicht auf gesetzlicher Grundlage, sondern sind zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vereinbart. Alle Sprüche werden unnachsichtlich durchgeführt. Viele deutsche Bergleute bestätigten mir, daß man allgemein mit dieser Einrichtung durchaus zufrieden ist.

Im Erzbergbau einschließlich Canada sind 175 000 Bergleute und Schmelzer beschäftigt. Davon sind aber nur 22 500 organisiert. Während im Kohlenbergbau rund 60 Prozent organisiert sind, sind es hier nur 12 Prozent. Die Verhältnisse im Erzbergbau sind deshalb auch schlecht. Die Arbeitszeit beträgt auch 8 Stunden vor Ort, aber die Löhne stehen schlecht, sie betragen für Hauer nur 4 bis 6 Dollar je Schicht, während sie in der Kohle 7 bis 8 Dollar betragen. Verunglückte Streiks haben diesem Verband großen Schaden zugefügt. Militär hatte auf die Streikenden geschossen, an zwei früheren Arbeitervereinshäusern sah man noch die Spuren der Schüsse. Die Führer wurden verfolgt und verhaftet. Dies alles hat dazu beigetragen, daß die Mitgliederzahl zurückging. Im Goldbergbaudistrikt sah man viele leerstehende zusammengefallene Häuser. Die Bevölkerung ist auf ein Drittel gesunken. In 10 400 Fuß Höhe über dem Meeresspiegel befuhr ich ein Goldbergwerk, das 3000 Fuß tief war. Schon das Hinunterfahren war eine außerordentliche Anstrengung. Das Mineral wird in Kippkübeln gefördert. Diese Einrichtung dient auch der Personenförderung. Man stellt sich oben auf den Deckel, hält sich am Seil fest und fährt 3000 Fuß hinunter. Ventilationsmaschinen gibt es nicht. Vor der Arbeit machten die Säulenbohrmaschinen ungeheuren Lärm und viel Staub. Hohe Temperatur herrschte vor, viel Wasser war vorhanden. So haben die Arbeiter dort schlechte Arbeitsstätten. Es wurde mir mitgeteilt, daß ein Arbeiter diese Arbeit nur 8 bis 10 Jahre aushält, dann sei er fertig. Auf dieser Grube wurden täglich 600 To. Erz gewonnen, in dem Gold, Silber, Kupfer usw. enthalten ist. Das Erz wird über Tage gemahlen, dann werden in einem Spül- und Schlemmverfahren verschiedene Metalle gewonnen. Vielfach erfolgt die Endgewinnung des Metalles jedoch in einem anderen Betriebe.

Die soziale Gesetzgebung Amerikas ist sehr bunt, weil es nicht nur Bundesgesetze, sondern auch viele Arbeiterschutzgesetze in den einzelnen Staaten gibt. Es sind eine Menge Einrichtungen vorhanden, um den Arbeiterschutz zu studieren und zu fördern, Einrichtung für Arbeiterschulung, Rettungswesen usw. Das „Bureau of Mines" in Pittsburg ist eine großartige Einrichtung. Alles Arbeitsgerät, Förderwagen, Hacken, Sägen usw., ist in einer Halle vorhanden, die mit gashaltiger Luft gefüllt wird. Die Arbeiter werden mit Rettungsapparaten ausgerüstet, in die Halle gebracht und arbeiten nun, als ob ein Unglück passiert sei. Sie arbeiten mit größter Kraftanstrengung, um festzustellen, wie lange eine solche intensive Rettungsarbeit ausgehalten werden kann. Bei diesem Institut gibt es auch eine technische Hochschule. Eine Anzahl Vorführungen wurden uns gemacht, darunter auch eine Kohlenstaubexplosion. In Springfield in Illinois sahen wir einen Pullmannwagen, ausgerüstet mit Rettungswerkzeugen, Verbandszeug usw. Zwei Beamte unterrichten hier, der eine über die erste Hilfe bei Unglücksfällen, der andere im Rettungswesen. Der Wagen befährt alle größeren Orte, nach der Schicht melden sich 30 bis 50 Bergleute zum Unterricht. Die Lehrer wohnen in dem Wagen, haben ihren Neger zum Kochen usw. Solche Wagen sind teils von der Bundesregierung angeschafft, aber auch einzelne große Bergwerksgesellschaften haben solche Wagen. Auch bei größeren Unglücken werden diese Wagen eingesetzt.

Die Unfallversicherung umfaßt alle Arbeiter. Die Beiträge werden von den Unternehmern gezahlt. Die Unternehmer sind aber nicht in Berufsgenossenschaften organisiert, sondern das Gesetz läßt alle Möglichkeiten in der Versicherung zu. Manche Gesellschaften haben eigene Versicherungseinrichtung, sonst sind neben staatlichen auch private Versicherungen zugelassen. Der Tariflohn bildet die Grundlage für die Unfallentschädigung. Die Rentensätze sind verschieden. In dem größten Bergbaugebiet, in Pennsylvanien, ist die Entschädigung etwa folgendermaßen geregelt: Die ersten 10 Tage nach dem Unfall gibt es keine Entschädigung. Innerhalb 10 bis 31 Tagen muß der Unternehmer für ärztliche Behandlung bis zu 100 Dollar aufkommen. Bei nicht tödlichen Unfällen werden 60 Prozent des Lohnes als Unterstützung gezahlt bis zu 300 Wochen. Die Gesamtsumme der Unterstützung darf in Pennsylvanien 5000 Dollar nicht übersteigen. Wenn der Arbeiter durch Unfall in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkt ist, kann er sich abfinden lassen, was sehr oft geschieht. Mit der Abfindungssumme fangen die Leute meist ein kleines Geschäft an. Für Eltern, Geschwister, Waisen usw. sind auch Renten vorgesehen. Im ganzen bleibt aber die Einrichtung auf die Dauer wesentlich [illegible] hinter den Einrichtungen in Deutschland.

Der amerikanische Bergarbeiterverband für den Kohlenbergbau hat seinen Sitz in Indianapolis (Indiana). Er ist ein Zentralverband mit einem Zentralstatut. Trotz aller Straffheit läßt die Verfassung des amerikanischen Verbandes den Distrikten, Subdistrikten und Lokalunionen eine starke Selbständigkeit. Das Präsidium des Verbandes besteht aus drei Personen: dem Präsidenten John Lewis, dem Vizepräsidenten Philipp Murray, dem Sekretär und Kassierer Thomas Kennedy. Das Präsidium wird alle zwei Jahre durch Urwahl gewählt. Ebenso finden alle zwei Jahre die Jahreskongresse statt. Zum Jahreskongreß hat jede Lokalunion auf 100 Mitglieder eine Stimme. Mehr als 5 Stimmen darf ein Delegierter nicht auf sich vereinigen. Die Angestellten des Verbandes können nur in der Lokalunion gewählt werden, wo sie wohnen. Dem Präsidium ist ein internationales Exekutivkomitee beigegeben, zu dem jeder Verbandsdistrikt einen Vertreter entsendet. Diese Vertreter sind Beamte des Zentralverbandes und haben, wenn die Exekutive nicht tagt, auf Anweisung des Präsidenten ihre Aufgaben in den Distrikten zu erfüllen. Infolge der großen Entfernungen sind die Machtvollkommenheiten des Präsidiums des amerikanischen Verbandes und besonders des Präsidenten viel größer, als es bei uns üblich ist. Die Distrikte und Subdistrikte haben ebenso ein Präsidium aus drei Personen wie der Zentralverband. Die Distrikte haben auch ein besonderes Distriktstatut. Vielfach trifft man das auch bei den Subdistrikten und den Lokalunionen an. Im Zentralstatut ist aber genau vorgeschrieben, welche Rechte die Distrikte, Subdistrikte und Lokalunionen haben. So darf kein Distrikt streiken ohne die Genehmigung des Präsidenten oder des Exekutivkomitees. Bei größeren Lohnkonflikten ist sogar die Einberufung des Jahreskongresses vorgesehen.

Der **Verbandsbeitrag** beträgt mindestens 75 Cent, in der Regel aber 1 Dollar monatlich. Davon werden 50 Cent an die Zentrale abgeführt, während der Rest den Distrikten, Subdistrikten und Lokalunionen verbleibt. Außerdem werden aber noch Extrabeiträge erhoben, die ebenfalls je nach Vereinbraung auf die Distrikte, Subdistrikte und Lokalunion verteilt werden. In der Regel gewährt der Distrikt dafür Sterbegeld, während die Lokalunionen in Einzelfällen auch Kranken- oder Notunterstützung gewähren. **Das Eintrittsgeld beträgt 10 Dollar für die gelernten Arbeiter.** Für die ungelernten Arbeiter wird es in den Distrikten besonders festgesetzt. Wer drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, wird ausgeschlossen. Der Zentralverband gewährt keine Streikunterstützung. Die 50 Cent Beitrag, die an die Zentrale abgeführt werden, dienen zur Aufrechterhaltung der Verwaltung, der Agitation und zur Unterstützung in solchen Fällen, wo es das Verbandsinteresse bei Streiks, Aussperrungen usw. erfordert. Streikunterstützung ist im allgemeinen nicht üblich.

In dem Statut des Zentralverbandes bezeichnet sich dieser als international, international in dem Sinne, daß er die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten umfaßt, aber auch versucht, in Canada und Mexico die Organisation auszubreiten. Das Statut bestimmt, daß die religiöse und politische Freiheit der Mitglieder nicht beeinträchtigt werden darf. Wenn man auf diesem Gebiete auch sehr tolerant ist, so trifft das auf wirtschaftlichem Gebiete nicht zu, denn **nach dem Statut darf kein Verbandsmitglied mit einem unorganisierten Bergarbeiter zusammenarbeiten.** Mitglied des Verbandes kann jeder werden, der in Bergwerken oder deren Nebenanlagen beschäftigt ist. Der Verband erstrebt nach dem Statut Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Abschluß von Tarifen, sechsstündige Arbeitsschicht, Minimallöhne, Verbot der Kinderarbeit unter 16 Jahren, Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und der seelischen Verfassung der Mitglieder usw. Es bestimmt auch, daß bei der Beerdigung eines Verbandskameraden ein Gebet gesprochen wird, welches wörtlich im Statut vorgeschrieben ist.

Das Vertrauen der Arbeiter zu ihrer Organisationsleitung ist fast unbeschränkt. Die Leitung arbeitet nach jeder Richtung hin großzügig. Es ist in Amerika nicht üblich, daß die Mitglieder auf ihre Gewerkschaftsführer schimpfen. Jedes Mitglied betrachtet es als selbstverständlich, daß die Organisationsvertreter fast immer in den ersten Hotels wohnen, weil sie der Ansicht sind, daß die Arbeitervertreter immer auf dem gleichen Fuße mit den Unternehmern verhandeln sollen. Man mag an diesen Verhältnissen manches amerikanisch finden, aber der Eindruck auf die Unternehmer ist jedenfalls ein ganz anderer, als das Verhalten unserer „Oppositionen" bei den verschiedensten Anlässen. **Ebenso nörgelt kein Mitglied darüber, daß die Verbandsfunktionäre für ihre Leistungen ordentlich bezahlt werden.** So sieht das Statut vor, daß der Präsident ein Jahresgehalt von 8000 Dollar, der Vizepräsident und Kassierer von je 7000 Dollar und der Redakteur ein solches von 4000 Dollar erhält. Die Mitglieder des Exekutivkomitees („Boardmember") erhalten 300 Dollar im Monat, die Kassengehilfen pro Tag 10,5 Dollar. Außerdem werden die notwendigen Auslagen ersetzt, die der Angestellte hat, wenn er außerhalb seines Wohnsitzes für den Verband beschäftigt wird, sich also auf Reisen befindet.

Es ist den amerikanischen Bergarbeitern gelungen, fast überall in die Verwaltung einzudringen. So fanden wir, daß der Staatssekretär des Departements für Arbeit in Washington, Mister Dawis, ein früherer Hüttenarbeiter war. Im Amt selbst wurden uns 8 oder 9 frühere Bergarbeiter als Beamte vorgestellt. In Illinois steht an der Spitze des Arbeitsamts ein früherer Bergmann. Unter den Berginspektoren fanden wir mehrere frühere Bergleute, und es ist auch keine Seltenheit, daß ein tüchtiger Bergmann sich zum Betriebsführer ohne besondere Vorschule emporarbeitet. Hier und da fand man auch einen früheren Beamten des Bergarbeiterverbandes als Betriebsführer wieder. Diese enge Verbindung brachte es auch wohl mit sich, daß beim letzten Streik im Weichkohlenbergbau von Illinois eine Gesellschaft während des Streiks aus den Werkskonsumanstalten an die streikenden Bergleute Waren auf Kredit abgab. Die Verwaltung hatte sich einfach gesagt: „Wenn der Streik vorbei ist, dann kommen die Bergleute ja doch wieder und wir werden unser Geld dann schon zurückbekommen." Hier möge auch ein Vorkommnis vermerkt werden, welches uns im „Bureau of Mines" in Washington begegnete. Als ich die Frage stellte, was mit den kranken und alten Bergleuten geschähe, wenn sie nicht mehr arbeiten könnten, wurde mir erwidert: „Die amerikanischen Bergleute verdienen so viel, daß sie sparen können, um in Notfällen der Krankheit und des Alters versorgt zu sein." Dasselbe trifft auch für den Streikfall zu, denn jeder amerikanische organisierte Bergmann weiß, daß er sich für solche Fälle Spargroschen zurücklegen muß, damit er in Zeiten des Kampfes aushalten kann. Wenn bei einem längeren Kampfe das Geld ausgeht, dann erhalten die Streikenden bei den Geschäftsleuten Waren gegen Kredit ausgehändigt. Auch zahlt der Verband dann in Notfällen Streikunterstützung.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Lebenshaltung in Amerika ist bei der großen Entfernung auch sehr verschieden. Ein großer Unterschied besteht auch zwischen den Unions- und non-Unionsgebieten. **Man kann aber ruhig sagen, daß in Illinois, wo nach meiner Auffassung die beste Organisation und auch das deutsche Element stark vertreten ist, die Lebenshaltung zwei- bis dreimal besser ist als bei uns. Ein erheblicher Teil der Bergleute ist Besitzer eines Eigenheims. Die Anschaffung wird durch Kredit und Abschlagszahlungen erleichtert. Wir trafen Bezirke, wo 70 bis 80 Prozent der Bergleute ein eigenes Heim hatten. 50—70 Prozent sind in manchen Bezirken im Besitz eines Automobils.** Dabei muß aber bemerkt werden, daß das Automobil in Amerika kein Luxusgegenstand, sondern ein Verkehrsmittel ist.

Die Wohnungen sind fast überall gut eingerichtet. Die kleinste Arbeiterwohnung bestand aus fünf Zimmern und einer für amerikanische Verhältnisse selbstverständlichen Badeeinrichtung. Die Möbelausstattung ist mitunter einfach, weil viele eingebaute Schränke vorhanden sind. Wir haben aber keine Arbeiterwohnung gesehen, in der nicht alle Zimmer mit Teppichen belegt waren. Als ich zum Kameraden Nesbith in Belleville (Illinois) kam, der Sekretär des Distrikts Illinois ist, und sagte, daß ich in seinem Distrikt auch Bergarbeiterwohnungen sehen möchte, da antwortete er mir: „Besieh Dir meine Wohnung, das ist eine Arbeiterwohnung." Nesbith hatte recht, denn ich fand später, daß ein großer Unterschied zwischen seiner Wohnungseinrichtung und der der Bergarbeiter nicht vorhanden war.

Von großem Vorteil für die amerikanischen Arbeiter ist ihre einheitliche Organisation. So gibt es im Kohlenbergbau nur den der Bergarbeiterinternationale angeschlossenen Verband „United Mine Workers of America". Ebenso ist das bei den Erzbergarbeitern der Fall. Eine parteimäßige Einstellung der amerikanischen Gewerkschaften gibt es nicht. Die Gewerkschaften suchen nach Möglichkeit auf alle Parteien einzuwirken, um ihre Forderungen sowohl in der Bundes- als auch in der Landesgesetzgebung durchzubringen.

Das Verhältnis der amerikanischen Bergarbeiter für die Bergarbeiterinternationale kann naturgemäß nicht so fein wie bei uns. Ihr Land und ihre Organisation sind an und für sich international. Sie sind 3582 Seemeilen von Europa entfernt und haben ganz andere Verhältnisse. Ihr Bedürfnis zur Anlehnung an die europäischen Organisationen ist auch aus Gründen der fehlenden Konkurrenz usw. nicht so groß als bei uns. **Trotzdem haben wir die Gewißheit mit nach Europa nehmen können, daß der amerikanische Bruderverband unserer Internationale treu bleiben wird und daß besonders für die Verhältnisse in Deutschland große Interessen und Sympathien vorhanden sind.**

Die sowjetrussischen Gewerkschaften

Geschildert von ihrem Zentralrat.

Von den sowjetrussischen Gewerkschaften kommen nur sehr karge Berichte in die westeuropäische Oeffentlichkeit. Sie tragen meist halbamtliches Gepräge, und was darin über die Zahl der Mitglieder sowie über ihre Gesinnung, ihre Rechte und Freiheiten geschrieben steht, hat die Wahrscheinlichkeit so sehr gegen sich, als daß man es glauben könnte. Und wenn einer seine Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Berichte äußert, wird ihm von der kommunistischen Presse eine tatarische Behandlung zuteil. So konnte es kommen, daß die westeuropäische Gewerkschaftswelt ein arg schwankendes und nicht gerade lichtes Bild von den russischen Gewerkschaften hat. Inwieweit es zutreffend ist, läßt sich jetzt an zwei authentischen Darlegungen nachprüfen, wovon die eine vom Zentralrat der sowjetrussischen Gewerkschaften, die andere von deren Sekretär Andrejew stammt. Wir finden die beiden Darstellungen in den „Informations Sociales" des Internationalen Arbeitsamts vom 7. September. Da sie in dieser Schrift neun Seiten füllen, müssen wir uns hier mit kurzen Auszügen begnügen. Wir übersetzen nur die wesentlichsten Stellen und bemerken, daß die Unterstreichungen von uns herrühren:

Der Zentralrat der sowjetrussischen Gewerkschaften hat am 18. Juli 1925 ein Rundschreiben an seine Organisationen erlassen, worin er diese um eine Aenderung ihrer Politik ersucht. Dieses Rundschreiben, wie auch die Bemühungen einiger Gewerkschaftsführer haben den Zweck, die schwersten Mängel der russischen Gewerkschaftsorganisationen zu beheben und besonders die Arbeiter, die den Gewerkschaften gegenüber immer gleichgültiger werden, in diese zurückzuführen. Die größte Gefahr, die der russischen Gewerkschaftsorganisation droht, ist, wie der Sekretär Andrejew sagt, die Möglichkeit einer vollständigen **Trennung der Arbeiter von den Gewerkschaften,** wofür manches Zeichen vorläge und Tatbeweise angeführt werden. Als Ursachen des Hinwegstrebens der Arbeiter von den Gewerkschaften wird zunächst der **bureaukratische Geist** der Gewerkschaftsfunktionäre genannt. Sie beschränken sich darauf, Schriftstücke zu sortieren, Rundschreiben zu erlassen, ohne sich um die Wünsche und Nöte der Mitglieder zu kümmern. Dies sei vornehmlich bei den Betriebsräten der Fall, die doch eigentlich mehr wie alle anderen Funktionäre eine enge Verbindung mit der Masse suchen sollten. Doch schädlicher als der bureaukratische Geist wirke

die Korruption.

In allen Gewerkschaftsversammlungen der letzten Zeit hat man Unterschleifen, Veruntreuungen, unerlaubte Vorschüsse und ähnliches mehr festgestellt. „Die Unterschlagungen von Gewerkschaftsgeldern", sagt der Zentralrat in seinem Rundschreiben, „geschieht fortgesetzt. Man findet Diebe in der gewerkschaftlichen Hierarchie von oben bis unten, vom verantwortlichen Funktionär bis zum Vorsitzenden über den Sekretär, Kassierer und Buchhalter." Die Unterschlagungen werden begünstigt durch die Abwesenheit jeder ernsten Kontrolle, dann freilich auch die geneigte Haltung der Arbeiterräte, Gewerkschaftsvorstände und der Arbeiter selbst den Betrügern gegenüber.

Den Hauptgrund dafür, daß die Arbeiter den Versammlungen und Wahlen der Gewerkschaften fernbleiben, sieht der Zentralrat in der Tatsache, daß die Kandidatenlisten vorher von den kommunistischen Zellen zurechtgemacht werden und die Generalversammlung selbst darüber nicht einmal sprechen kann. Die zur Wiederwahl stehenden Kandidaten geben sehr selten einen Bericht von ihrer Tätigkeit, und wo es geschieht, wird er mit Schweigen übergangen. Die Mitglieder, die von dem Recht des Redens Gebrauch machen, setzen sich Unterdrückungsmaßnahmen aus, die bis zum Ausschluß aus der Gewerkschaft gehen, was gewöhnlich mit dem Verluste des Arbeitsplatzes verbunden ist. So hütet sich jeder, zu kritisieren. Unter solchen Umständen sind die Versammlungen langweilig, wo ein Bericht vorbereitet ist, wird er verlesen, seine Gutheißung mit der geheiligten Formel: „Angenommen ohne Opposition" festgestellt. Und die vorgeschlagenen Kandidaten werden gleichfalls „ohne Opposition" gewählt.

Noch schlimmer indessen ist die Tatsache, daß in verschiedenen Staatsbetrieben die Arbeiterausschüsse zu vergessen scheinen, daß sie zur Vertretung der Arbeiterschaft da sind. Sie **decken alle Handlungen der Direktion,** selbst wenn sie gegen die Interessen der Lohnempfänger sind. In gewissen Fällen bedrohen die Arbeiterausschüsse im Einvernehmen mit der Direktion streikende Arbeiter mit der Aussperrung, und die Ausschüsse sind für die Entlassung solcher Leute, die die Direktion als „unerwünscht" ansieht. Wenn, wie es oft der Fall, die Direktion die Bezahlung in dem Maße herabsetzt, wie der Arbeiter seine Leistung steigert, stimmen dem die Ausschüsse zu. „Diese Tatsachen", sagt der Zentralrat, „beweisen, daß die Organe, die zur Verteidigung der Arbeiterinteressen berufen sind, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen."

Gewerkschaftliche Gleichgültigkeit.

Mehr als 50 Prozent der Organisierten bezahlen ihre Beiträge nicht. Die allgemeinen Versammlungen sind in der Regel wenig besucht, oft findet man darin nicht mehr als 15 Prozent der besuchsberechtigten Arbeiter. Die Tagesordnung ist mit Dingen überladen, die keinerlei Beziehung zu den unmittelbaren Notwendigkeiten der Mitglieder haben. Man erörtert beispielsweise die Probleme der Weltpolitik, des Gaskrieges usw. Eine Seuche, die in den Gewerkschaften grassiert und dazu beiträgt, die Arbeiter davonzutreiben, ist der Mißbrauch der sogenannten **freiwilligen Beiträge.** Die Arbeiter sind gehalten durch den Beschluß der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte und selbst der Generalversammlungen (die nicht wagen, sich den Weisungen der Ausschüsse zu widersetzen) Beiträge für zahlreiche Werke „von öffentlichem Interesse" zu zeichnen. So für die Vereinigung für die Entwicklung der Luftflotte, für die Entwicklung der Chemie zum Gebrauch der Armee, für die internationale Hilfe der Revolutionäre usw. usw. Solche Zeichnungen verschlingen 10—12 Prozent des Lohnes.

Andererseits wachen die gewerkschaftlichen Stellen weder über die strenge Beobachtung der Kollektivverträge noch der Gewerkschaftsstatuten. Der Ruf der Gewerkschaftsorganisation leidet durch diese Nachlässigkeit, und in der Folge messen die Arbeiter den gewerkschaftlichen Grundsätzen immer weniger Wert bei. Sie sagen: „Der ganze Bettel ist keinen Heller wert!"

Vorgeschlagene Besserungsmittel.

Um dem trüben Stand der Dinge abzuhelfen, schlägt der Zentralrat in dem eingangs erwähnten Rundschreiben verschiedene Maßnahmen vor. Damit die Vorschläge auch von den Gewerkschaften ernst genommen werden, schärft ihnen der Sekretär Andrejew ein: „Diesmal handelt es sich nicht darum, nur für die Fassade zu sprechen oder nur um das Ausland zu beeindrucken. Die Absicht der gewerkschaftlichen Führer und der kommunistischen Partei ist, die Bewegung zur Gesundung der sowjetrussischen Gewerkschaftsorganisation bis zum Erfolg weiterzuführen." Und der Zentralrat zeigt an, daß die Funktionäre, die sich nach den Weisungen richten, beurlaubt oder ersetzt werden.

Als Mittel der Besserung werden vorgeschlagen, daß fortan jeder Betriebsrat der allgemeinen Versammlung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen hat; daß jede Kandidatur besprochen und über sie getrennt abgestimmt werden soll und daß die Kritik nicht nur geduldet, sondern gutzuheißen ist. Die sogenannten freiwilligen Beiträge sollen auch wirklich freiwillige sein. Die Gewerkschaften sollen sich mehr um die Einholung ihrer eigentlichen Beiträge kümmern und dazu besondere Funktionäre heranziehen. Um die **Unterschlagungen zu unterbinden,** „ist es unerläßlich, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre als auch die Arbeiter ihre Haltung gegenüber den Betrügern ändern und aufhören, sie mit Wohlwollen zu betrachten. Es ist nötig, nicht nur die Betrüger, sondern auch die gewerkschaftlichen Stellen unbarmherzig zu bestrafen, die durch Duldung der Abwesenheit einer Kontrolle Betrügereien begünstigen." Von nun an sollen alle Ortsgruppen jeden Monat einen Bericht über die Unterschlagungen und über die dagegen getroffenen Maßnahmen einsenden.

Die Losung der Betriebsräte soll sein: **Bilden und überzeugen.** Mit den wegen Nichtigkeiten oder selbst ohne stichhaltigen Grund dekretierten Ausschlüssen aus der Gewerkschaft sei zu brechen. Die Abwesenheit von einer Generalversammlung oder die **Nichtbeteiligung an religiösen Festen** (!) dürfen nicht mehr als Ausschlußgrund betrachtet werden. Aber die Ausschüsse „dürfen indessen auf die Interessen der Arbeiterklasse **nur insoweit** Rücksicht nehmen, als sie sich vereinen lassen mit dem Zustand der nationalen Wirtschaft und den dem Proletariat zugewiesenen allgemeinen Aufgaben." Die Betriebsräte sollen auch weiterhin die Steigerung der Produktivität fördern, aber nicht vergessen, daß sie die Vertreter ihrer Arbeitskameraden sind. Es scheint unzulässig, daß die Betriebsräte alle Befehle der Werksdirektionen gegenzeichnen, ohne sich die Mühe zu nehmen, die Befehle zu erörtern, selbst wenn es sich um Entlassungen von Arbeitern infolge eines Streites, einer Weigerung, den Lohn zu erhöhen, oder dergleichen handelt.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften

soll danach streben, die Bezahlung in der Großindustrie und dem Verkehr zu erhöhen, wenn sie unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. Der Leistungslohn (Stücklohn) ist überall anzunehmen, wo es möglich ist. Der Zentralrat warnt die Betriebsausschüsse vor der Neigung, die Leistungstarife, die von der Direktion vorgeschlagen werden, unterschiedslos anzunehmen. Weiter ersucht er die Gewerkschaften, in dem Kollektivvertrag eine Bestimmung einzusetzen, die besagt, daß bei Einstellungen Gewerkschaftsmitgliedern der Vorzug gegeben wird. Es dürfen aber nicht, wie das gegenwärtig vorkommt, unorganisierte Arbeiter entlassen werden, um organisierten Platz zu machen. Die Gewerkschaften dürfen besonders bei der Einstellung keinen Unterschied machen zwischen ihren eigenen Mitgliedern und den anderer Verbände. Die Gewerkschaften können nicht die ihrer Mitglieder nur deswegen ausschließen, weil sie keine Arbeit haben. Andererseits dürfen sie nicht das Aufnahmegesuch eines unorganisierten Arbeitslosen annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung soll von den Gewerkschaften möglichst von ihren gewöhnlichen Fonds genommen werden. Sonderbeiträge für die Arbeitslosen haben freiwillige zu sein und dürfen 0,5 Prozent des Lohnes eines jeden Arbeiters nicht übersteigen.

Das sind im wesentlichen die Besserungsvorschläge des Zentralrats. Wir haben sie ziemlich ausführlich wiedergegeben, weil sie geeignet sind, das Bild von der Beschaffenheit der sowjetrussischen Gewerkschaften noch mehr zu vervollständigen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein Jubilar.

In diesen Tagen vollendete der Vorsitzende des Deutschen Verkehrsbundes, Oswald Schumann, sein 60. Lebensjahr. Das Werden und Wachsen des Deutschen Verkehrsbundes, die Geschichte dieser Organisation, ihre Kämpfe und Siege sind untrennbar mit dem Namen Oswald Schumann verknüpft, der seit ihrer Gründung bis zur Stunde mit hervorragendem Geschick und vorbildlicher Tatkraft als ihr erster Vorsitzender wirkt. Wenn die Kriegszeit und all die schweren Stürme, die nachdem über die deutschen Gewerkschaften hinwegbrausten, das innere Gefüge des Deutschen Verkehrsbundes nicht zu erschüttern vermochten, so ist ads nicht zum geringsten das Verdienst des heute Sechzigjährigen. Was Oswald Schumann in den letzten 28 Jahren als Organisator und Agitator für seine Berufskollegenschaft, für die eigene Organisation und darüber hinaus für die Gesamtbewegung geleistet hat, das läßt sich nicht in wenigen Sätzen zusammenfassen.

Auch seine Berufsinternationale besitzt in Schumann einen ihrer besten Kameraden und Förderer. Von 1904 bis Kriegsende war er Mitglied des Zentralrats der Internationalen Transportarbeiterfederation, die damals in Berlin domizilierte. Und erst kürzlich hat der Sechzigjährige eine beschwerle Reise beendet, um als Delegationsführer der von den deutschen Gewerkschaften nach Amerika entsandten Studienkommission eine Annäherung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung an die große Amsterdamer Gewerkschaftsinternationlae herbeizuführen und speziell die Beziehungen zu den deutschen Gewerkschaften inniger und fester gestalten zu helfen.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Eine interessante höchstgerichtliche Entscheidung.

Auf der siebenten Sohle der Zeche **Rheinelbe** ereignete sich im Jahre 1924 ein Unfall, dem der Rangierer P. zum Opfer gefallen war. T. und M. waren die Lokomotivführer von Zügen, welche sich entgegenfuhren. Auf 120 Meter Entfernung bemerkte M., daß ihm ein Zug entgegenkam, und gab mit Schwenken der Lampe das Haltesignal. Als M. bemerkte, daß seine Haltesignale nicht beachtet wurden, brachte er seinen Zug zum Stehen, ging einige Schritte zurück und schwenkte weiter mit der Lampe. Der Rangierer P. rief auch laut „Halt!" P., welcher auf dem entgegenkommenden Zug saß, sprang von seiner Lokomotive ab, stolperte und wurde von seiner Lokomotive überfahren. P., dessen linker Unterschenkel überfahren worden war, war nach der Unfallstelle gebracht und schließlich aus der Grube zutage gefördert worden. Nachdem P. dort eine halbe Stunde hilflos gelegen hatte, brachte die Feuerwehr P. ins Krankenhaus, wo er an Verblutung verschied. Auf Grund der Polizeiverordnung des Oberbergamts Dortmund vom Januar 1911 und § 4 der Dienstanweisung für Lokomotivführer der Zechen wurde M. zur Verantwortung gezogen, weil er nicht vorschriftsmäßig geläutet habe. Das Schöffengericht sprach aber M. frei, weil bei dem Geräusch im Bergwerk niemand das Läuten gehört hätte. Wenn sich vorschriftsmäßig vorn an der Lokomotive hell leuchtende Lampen mit Scheinwerfern befunden hätten, dann hätte der Lokomotivführer des entgegenkommenden Zuges jedenfalls das Herannahen des von M. geführten Zuges bemerkt und das Unglück vermieden. **Das Fehlen der hell brennenden Lampen sei auf das Verschulden der Verwaltung zurückzuführen. Das Unglück sei auf das Fehlen der hell brennenden Lampen und nicht auf die unterlassene Abgabe des Läutesignals zurückzuführen.** Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde aber M. wegen fahrlässiger Tötung zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil der Unfall darauf zurückzuführen sei, daß M. fahrlässig gehandelt und das vorgeschriebene Läutesignal nicht abgegeben habe, auch hätte er nicht zurück-, sondern vorwärtsgehen müssen, um den Führer des entgegenkommenden Zuges auf die gefährliche Situation aufmerksam zu machen. Auf die Revision des Angeklagten wurde aber vom **ersten Strafsenat des Kammergerichts** die Vorentscheidung aufgehoben und M. von der Anschuldigung der fahrlässigen Tötung freigesprochen, indem u. a. ausgeführt wurde, es sei nicht festzustellen und auch nicht mehr festzustellen, ob M. damit rechnen mußte, daß der Verletzte P. von der Lokomotive abspringen werde, als P. annahm, es werde zu einem Zusammenstoß kommen. Sei unter diesen Umständen Fahrlässigkeit zu verneinen, so könne eine Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung nicht erfolgen. Die Strafkammer werde aber noch zu prüfen haben, ob M. nicht zu verurteilen sei, weil er dem § 4 der Dienstvorschriften für Lokomotivführer zuwidergehandelt und keine Läutesignale abgegeben habe.

Wie Berichtigungen gemacht werden.

Zu der Berichtigung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. wird uns geschrieben:

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. veröffentlicht in Nr. 47 der „Bergarb.-Ztg." eine Berichtigung, die nicht unbeantwortet bleiben darf. Sie hat den Zweck, den Anschein zu erwecken, als sei die Amtsenthebung des Betriebsausschußmitgliedes W. auf eine gröbliche Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten zurückzuführen. Nachfolgende Zeilen sollen dem unbefangenen Leser eine objektive Darstellung des ganzen Sachverhalts geben, damit er sich ein Bild machen kann, inwieweit die in der Berichtigung aufgestellten Behauptungen zutreffen oder nicht. Die Ursache der ganzen Angelegenheit war folgende:

Eine Kameradschaft in Flöz Rudolf der siebenten westlichen Abteilung hatte ein Leistungsgedinge von fünf Wagen je Mann und Schicht. Bei einem Durchschnittslohn von 6,48 Mk. wurden für den Wagen Kohlen 1,30 Mk. und bei einem Lohn von 7,06 Mk. je Wagen 1,40 Mk. verrechnet. Den tariflichen Durchschnittslohn hat die Kameradschaft **nur einmal erreicht**, die anderen Monate ist sie bedeutend unter dem Tariflohn geblieben. Auf eine Beschwerde wurde ich bei dem Betriebsführer vorstellig, daß der Kameradschaft doch wenigstens die Geschoßkosten vergütet würden, damit sie einen halbwegs anständigen Lohn verdiene. Eine Leistung von fünf Wagen sei nach Ansicht der zuständigen Beamten befriedigend, wenn die Kosten für Sprengstoff den Leuten aber angerechnet würden, dann müßten sie mehr als fünf Wagen je Mann und Schicht liefern. Außerdem sei nach dem Tarifvertrag das Gedinge so zu bemessen, daß bei normaler Arbeitsleistung der Durchschnittslohn erreicht wird. Der Betriebsführer lehnte dies ab. Am 1. Juni 1925 wurde eine andere Kameradschaft vor den betreffenden Betriebspunkt gelegt. Bei der nächsten Gelegenheit teilte der Betriebsführer den Wechsel der Kameradschaft dem W. mit und bemerkte, daß die neue Kameradschaft auf das gleiche Gedinge etwa 10 bis 11 Mk. verdienen werde, wenn sie am Kohlenfördern bleibe wie bisher. Bei meiner Befahrung am 8. Juni war der Ortsälteste L. am Kohlen, der Hauer Fr. mit dem Bergeversatz beschäftigt. Ich habe mich dort längere Zeit aufgehalten und dem Arbeiten der Leute zugesehen. Es sollten drei Reihen versetzt werden. Auf eine Länge von zwei Schalhölzern von je sechs Fuß wurde in der ersten Reihe die Mauer gezogen und diese dicht versetzt. Die übrigen Steine wurden von Fr. in den Raum zwischen alter und neuer Mauer geworfen. So entstand allmählich ein Damm. Als derselbe ungefähr zwei Fuß vom Hangenden entfernt war und die Absicht immer deutlicher wurde, daß hier ein sogenanntes Loch gemacht werden sollte, ging ich zu Fr. und stellte ihn deshalb zur Rede. Es kam zu Differenzen zwischen dem Ortsältesten L., dem Hauer Fr. und mir, in deren Verlauf ich zu L. gesagt habe, daß es schon möglich sei, die Kohlenförderung zu steigern und 10 Mk. zu verdienen, wenn der Bergeversatz in einer derartigen Weise nachgeführt würde. Die Kameradschaft behauptete, daß es ihr möglich sei, den Bergeversatz noch dicht zu machen. Von mir wurde es mit Recht angezweifelt. Der Vollständigkeit halber will ich noch erwähnen, daß in dem Streb nur Steine von dem Abteilungsquerschlag der siebenten westlichen Abteilung gefüllt wurden. Ein sparsames Umgehen mit Stücken war deshalb nicht notwendig. So weit der Sachverhalt.

Die Angelegenheit kam zu Ohren der Verwaltung. Diese stellte den Antrag auf Amtsenthebung gemäß § 39 Abs. 2 in Verbindung mit § 66 Ziffer 1 und 6 des Betriebsrätegesetzes. Meine Aeußerungen sollen den eigentlichen Zweck haben, die Kameradschaft L. zu einer geringeren Arbeitsleistung zu veranlassen, außerdem soll dadurch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört worden sein. Vor dem Berggewerbegericht Dortmund (Spruchkammer Hamm) als vorläufigem Arbeitsgericht sagte der Hauptbelastungszeuge L. aus, daß ich gesagt habe: „Es ist nicht recht, daß ihr so viel Kohlen gemacht und 10 Mk. verdient auf Kosten vom Löchermachen." Er sagte hier sinngemäß dasselbe, was ich in der Auseinandersetzung mit der Kameradschaft gesagt habe. Auf ausdrückliches Befragen des Vorsitzenden, welchen Eindruck er bei der ganzen Sache gehabt habe, sagte L. weiter, daß ich seiner Ueberzeugung nach die Absicht hatte, zu sagen, sie sollten nicht mehr Kohlen fördern als die alte Kameradschaft. Zeuge Fr. bestritt im wesentlichen, daß er die Absicht hatte, ein Loch zu machen, und gab an, bei Anwesenheit des Steigers sei der Bergeversatz in Ordnung gewesen. Dieses sind, kurz wiedergegeben, die Feststellungen vor Gericht. Das Gericht hat dem Antrag der Zechenverwaltung stattgegeben. In der schriftlichen Begründung des Beschlusses hat das Gericht hauptsächlich zu der zweiten Aussage des L. Stellung genommen und in den Aeußerungen des W. einen gröblichen Verstoß gegen die oben erwähnten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes gesehen. Ein Antrag auf Berichtigung des Beschlusses wurde vom Gericht abgelehnt.

Der Berichtigungsschreiber der Gelsenkirchener Bergw.-A.-G. klammert sich zu sehr an die schriftliche Begründung. Seiner Ansicht nach gilt es zur Pflichten der Betriebsräte, die mit den unbegrenzten Ausbeutungsmöglichkeiten der Unternehmer konform gehen. Unfallgefahren und Grubensicherheit scheinen eine untergeordnete Rolle zu spielen. Das Gesetz aber sagt im § 66 Ziffer 8, daß der Betriebsrat die Pflicht hat, „auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen hinzuwirken". Im § 78 Ziffer 6 ist für den Gruppenrat sinngemäß dasselbe gesagt. Die Berufung auf diese Bestimmungen des Gesetzes ist von dem Gericht vollständig übergangen worden. Man beachte hier die Aussage des Zeugen L. zu 1 und 2. In der ersten Aussage ist die Rede von Löcher **machen**, in der zweiten, daß ich hätte sagen **wollen**. In der letzten Aussage ist eine rein subjektive Einstellung des Zeugen L. zu sehen. Die erste Aussage hebt die zweite vollkommen auf. Wenn ich gesagt habe, daß die Kameradschaft ihr Geld nur mit Löchermachen verdienen wolle, dann kann diese Aeußerung nicht dahin gedeutet werden, daß ich damit hätte sagen **wollen**, die Leute sollen weniger Kohlen schicken. Der Ausspruch des L. beweist vielmehr, daß vor Ort irgendetwas nicht in Ordnung war. Wie es möglich gewesen ist, den Bergeversatz bis zur Ankunft des Steigers „in Ordnung" zu bringen, ist mir unbekannt. Dadurch, daß die Leute auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise hingewiesen wurden, ist den gesetzlichen Bestimmungen Genüge getan. Eine Meldung bei dem Steiger war meiner Ansicht nach nicht notwendig. Man vergleiche hier Theorie und Praxis. Im ganzen Ruhrgebiet werden den Belegschaften bildliche Darstellungen der Unfallgefahren im Bergbau gezeigt. Dazu gehören auch Darstellungen über richtigen Bergeversatz. Weiter soll meine Aeußerung das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört haben. Es soll der Anschein erweckt werden, als wenn die Unternehmer besonderes Gewicht auf das gute Einvernehmen legen. Die diktatorischen Maßnahmen der Zechengewaltigen in den letzten zwei Jahren reden eine andere Sprache. Die Berichtigung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. gibt von der ganzen Sache ein entstelltes Bild. Die Haupttriebfeder der Verwaltung war, einen ihr unbequemen Menschen loszuwerden.

Fragen der Arbeiterversicherung.

Kranke und Krankenkassen im oberharzer Erzbergbau

Wer im Sommer zu seiner Erholung die wunderschönen Harzberge durchwandert, wird jedenfalls zu seinem Erstaunen wahrgenommen haben, daß die Bewohner, vor allen die dem Oberharz sein Gepräge gebenden Bergarbeiter, keinen gesunden Eindruck machen. Namentlich in Clausthal mit seiner überwiegend aus Bergarbeitern bestehenden Einwohnerschaft könnte ein Arzt die typischen Erscheinungen der Unterernährung, wenn er wollte, studieren. Den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen wäre gewiß eine dankbare Aufgabe.

Der bekannte günstige Wind hat uns eine Statistik über die Krankenziffern und den hieraus resultierenden Stand der Krankenkassen der Oberharzer Berginspektionen auf den Tisch geweht. Jeden Menschenfreund überfällt ein Grauen, wenn er dieses treue Spiegelbild des Gesundheitszustandes der Oberharzer Bergproleten betrachtet. Wer hieran leichten Herzens vorbeigeht oder mit einer leichtfertigen Entschuldigung die Entwicklung derartiger Zustände den Arbeitern selbst zuschiebt, müßte vor Scham versinken.

Wenn wir die nachfolgenden Zahlen der Oeffentlichkeit unterbreiten, so darum, um den maßgebenden Stellen, der Regierung, dem Landtag und der Direktion der Preußag in Berlin, zuzurufen: So darf das nicht weiter gehen! Es ist die Aufgabe dieser Stellen, mit allem Nachdruck die Ursachen der geradezu fürchterlichen Verhältnisse zu beseitigen.

Aus dem sehr reichhaltigen Material wollen wir einen Monat (Juli) herausgreifen:

	Kassenmitglieder	Kranke	Proz. d. Belegsch.
Inspektion Clausthal	933	148	15,8
„ Grund	910	116	12,7
„ Lautenthal	463	71	15,3

Diese Ziffern erhalten erst ihre volle Bedeutung, wenn wir sie mit den Krankenziffern der anderen Bergbauarten im Unterharz sowohl wie in der in der Nähe liegenden Kaliwerke und Eisenerzgruben vergleichen.

Laut Nachweis gehen hier die Krankheitsfälle durchschnittlich nicht über 2,5 Prozent hinaus. Nur in den Herbstmonaten erreichen sie 3 Prozent. Der Gesundheitszustand der Oberharzer Bergleute ist also rund sechsmal schlechter als der der anderen Bergleute. Hier liegen die Ursachen der immer von Unternehmerseite behaupteten Tatsachen der Unrentabilität der Oberharzer Werke. Man wird nicht behaupten können, daß eine Belegschaft mit sechsmal schlechterem Gesundheitszustand körperlich dasselbe leisten kann wie Belegschaften, bei denen ein normaler Gesundheitszustand vorhanden ist. In Erkenntnis dieser Tatsachen wäre es doch auch vom Standpunkt der Unternehmer richtig, alles zu versuchen, um den Gesundheitszustand der Belegschaften zu heben. Das kann man aber nicht, wenn man von vornherein die Kranken als Simulanten ansieht. Das kann man vor allem nicht durch niedrige Löhne und längere Arbeitszeit erreichen. Diese Maßnahmen bezwecken das gerade Gegenteil.

Weiter gibt die Statistik sehr beachtenswerte Aufklärungen über die Art der Krankheitsfälle:

	Clausthal	Grund	Lautenthal	Summa
Rheuma	15	6	1	22
Erkrankungen der Brustorgane	11	2	3	16
Erkrankungen der Bauchorgane	3	11	5	19
Nervenkrankheiten	7	3	1	10
Lungenkrankheiten	5	7	0	12
Grippe	5	1	0	6
Unfall	6	8	4	20
Sonstige Krankheiten	17	23	12	62

Diese Zahlen wirken wie eine furchtbare Anklage. Besonders beachtlich ist die ungewöhnlich hohe Ziffer der Erkrankungen der Brustorgane und der Lungen. Ohne zu weit zu gehen, kann man wohl mit Recht behaupten, daß diese Kranken fast alle tuberkulös sind. Ebenfalls beachtenswert ist die sehr hohe Ziffer der Nervenkranken. In keiner anderen Bergbauart ist derartiges zu verzeichnen. Diese Erkrankungen sind keine Fälle, die man als Nebenerscheinungen der bergmännischen Arbeit betrachten kann, sonst müßten in den Unterharzer Betrieben dieselben Erscheinungen auftreten. Die Ursachen liegen in der ungünstigen Ernährung der Oberharzer Bergarbeiterschaft.

Die ungewöhnlich hohen Krankenziffern haben endlich auch dem Vorstand der Hannoverschen Knappschaft Veranlassung gegeben, sich damit zu beschäftigen. Es wäre allerdings ein dankbares Gebiet, den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen. Man würde ohne Zweifel bei objektiver Prüfung zu dem Schluß kommen müssen, daß Krankheiten mit Unterernährung und niedrigen Löhnen in einem kausalen Zusammenhang stehen. Aber nicht diese Erwägungen sind maßgebend gewesen, sich damit zu beschäftigen, sondern die Tatsache, daß die Ausgaben der einzelnen Krankenkassen der Knappschaft, wie z. B. der Inspektion Clausthal, ca. 100 Prozent über den Einnahmen stehen. Wir greifen im folgenden aus der Statistik die sich darauf beziehenden Zahlen heraus, die mit erschreckender Deutlichkeit den Zusammenbruch der Krankenkassen des Oberharzes demonstrieren.

Im Juli 1925 zeigten die Kassenverhältnisse folgendes Bild:

	Gesamteinnahme	Gesamtausgabe	Zuschuß
Clausthal	6120,20 M	12005,46 M	5885,26 M
Grund	6070,95 „	7605,90 „	1534,95 „
Lautenthal	3191,63 „	5728,72 „	2537,09 „
Zusammen	15382,78 M	25340,08 M	9957,30 M

Die Auswirkungen, wie sie rein rechnerisch die trockenen Zahlen ergeben, sind geradezu niederschmetternd. Wären die anderen Bergbaubezirke durch ihren günstigen Krankenstand nicht in der Lage, den Ausfall decken zu können, dann wären die Harzer Bergleute verloren. Sie müßten vollständig verelenden. Die Art und Weise, wie man sich von Unternehmerseite die Beseitigung dieser furchtbaren Wirkung denkt, ist recht bezeichnend für deren Auffassungen. Die Oberharzer Werke hatten im Juli von sich aus sogenannte unparteiische Aerzte beauftragt, Nachuntersuchungen der Kranken vorzunehmen. Man hat dort die Auffassung, daß die Mehrzahl der Kranken Simulanten sind. Durch diese Nachuntersuchungen sollten dann Gesundschreibungen im großen Umfange vorgenommen werden. **Wie dieses vor sich geht**, ist allen Arbeitern, die vielleicht schon einmal in Rentensachen nachuntersucht worden sind bekannt. Mit solchen Maßnahmen kann man wohl die finanziellen Wirkungen abschwächen, aber auf keinen Fall die Ursachen beseitigen. Die Arbeitnehmervertreter im Knappschaftsvorstand haben gegen ein derartiges Verfahren, das ohne Wissen des Knappschaftsvorstandes in die Wege geleitet ist, Sturm gelaufen. Man mutete den Arbeitervertretern sogar zu, den Oberharzer Werken für ihre Maßnahmen nachträglich die Mittel zu bewilligen. Auch die Arbeitervertreter im Knappschaftsverein sind mit uns der Meinung, daß Nachuntersuchungen notwendig sind, aber nicht zum Zwecke einer rigorosen Gesundschreibung, sondern um festzustellen, wo die Ursachen liegen und durch welche Mittel sie beseitigt werden können. Die Unternehmer befinden sich in einer sehr großen Selbsttäuschung, wenn sie annehmen, daß man der Unterernährung mit bureaukratischen Mitteln zu Leibe gehen kann. Die Arbeiter müssen aber erkennen, daß nicht durch Klagen und Jammern diese Zustände beseitigt werden, sondern durch eine starke Organisation, durch die Selbsthilfe der Arbeiter. Bessere Löhne und dadurch bedingter besserer Ernährungszustand können den furchtbaren Zustand beseitigen.

Zum endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Durch die Verfassung ist uns, den Arbeitern und Angestellten, die volle Gleichberechtigung im Staate zugesichert. Die Einrichtung der Betriebsräte war der erste Schritt zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben. Aufbauend sollten die Bezirkswirtschaftsräte folgen und das ganze vom Reichswirtschaftsrat gekrönt werden. Bekanntlich liegt nun endlich ein Entwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates vor, über den bereits berichtet wurde.

Aber alles, was von der Arbeiterschaft verlangt wird, muß von den Unternehmern bekämpft werden. Einige Aeußerungen seien hier registriert. In der „Deutschen Bergw.-Ztg." vom 5. Dezember tritt Dr. Otto **Hugo**, M. d. R. und Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bochum, auf. In einer längeren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, daß der Reichswirtschaftsrat keine für unser wirtschaftliches und politisches Leben notwendige und zweckmäßige Organisation darstellt."

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel beschäftigt sich in einer Vollversammlung ebenfalls mit diesem Gegenstand. Die Kammer kam nach einem Bericht des Syndikus und Oberbürgermeisters Dr. **Most** einstimmig (!) zu der Auffassung, „eine Steigerung der Qualität in den Leistungen des Reichswirtschaftsrats sei für die Zukunft nicht zu erwarten, solange nicht eine grundsätzliche Umgestaltung erfolge. Sie verspricht sich von der Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrats für die Gesamtwirtschaftsinteressen keine wesentliche Förderung."

Auch die Essener Ortsgruppe der „Vela" (Vereinigung der leitenden Angestellten) nahm zu dem Entwurf Stellung. Die „Vela" zählt in ganz Deutschland vielleicht einige tausend Mitglieder. Und was meinen **die**? Der Gesetzentwurf sei eine große Gefahr für das Allgemeinwohl. Der Ausschluß der „Vela" von den Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einigen Organisationen stelle einen unverantwortlichen Bruch der von der Regierung zu wahrenden Neutralität dar." Zum Schluß sind die „Vela"leute der Meinung, daß ohne ihre Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann!

So klingt es allerwegen im deutschen Blätterwalde. Ein sonderbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite immer und immer wieder lesen muß, daß die deutsche Arbeiterschaft (natürlich einschließlich der Angestellten und Beamten) nur unmögliche Forderungen stellt, und nirgendwo ernsthaft am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten will, und hier? Wir sollen jedenfalls daraus erkennen, daß die deutschen Unternehmer nicht wollen, ja, daß sie diese Mitarbeit fürchten! Sie wollen uns nicht mitarbeiten lassen, wir sollen keinen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, wir dürfen nicht mitarbeiten, denn sonst könnten wir uns ja eines Tages einarbeiten und dann wären sie, die Herren der Wirtschaft — überflüssig!

Wer bisher die Tätigkeit der Handelskammern beobachtet hat und ihren gewaltigen Einfluß auf die Regierungskrise kennt, der muß mit uns arbeiten und streben, daß wir dort als Gleichberechtigte einziehen und mitwirken, ebenso wie im Reichswirtschaftsrat, trotz und alledem!

Die Direktoren-Inflation in der Kaliindustrie.

Von dem zweierlei Maß beim Abbau der Industrieangestellten finden wir einen lehrreichen Beitrag in der „Deutschen Techniker-Zeitung", dem Organ des Butab. Es heißt dort u. a.: „Für die Zeit vom 1. April 1924 bis 1. April 1925 sind die Angestelltenzahlen für den Kalibergbau in folgender Höhe ermittelt:

	1. April 1924	1. April 1925	Prozent
Technische Angestellten	2066	1363	— 34,03
Kaufmännische Angestellten	1787	1271	— 28,88
Sonstige Angestellten	53	43	— 19,00
Summe d. Tarifangestellten	3906	2677	— 31,63
Direktoren usw.	529	552	+ 4,3
Summe aller Angestellten	4435	3229	— 27,4

Die unter den Tarif fallenden Angestellten hatten sich wesentlich vermindert, während die Direktoren, Prokuristen usw., die nicht unter den Tarif fallen, nicht nur nicht abgenommen, sondern noch gestiegen waren. So ist es hüben und so drüben.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Aus der Grubensicherheitskommission.

Ueber die amerikanische Unfallverhütungspropaganda wird bei uns, besonders in der amtlichen und halbamtlichen Presse, sehr viel geschrieben. Man versucht, daraus das Brauchbarste für die bei uns einsetzende Unfallverhütungspropaganda herauszuziehen. Wir werden uns gleichfalls in nächster Zeit damit in einer Artikelserie befassen und besonders die Unfallbilder besprechen.

Vorstehende Zeilen haben jedoch einen anderen Zweck. Ein Unternehmervertreter in der Grubensicherheitskommission, Bergassessor Andree von der Zeche Radbod, hat es gleichfalls für notwendig erachtet, auf die amerikanische Unfallverhütungspropaganda und auch auf das idealere Verhältnis zwischen amerikanischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern hinzuweisen. Er kommt dann zu folgenden Schlußfolgerungen:

„In Amerika eine weder politisch noch kommerziell eingestellte Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und anderen, die der Sache wegen mitarbeiten wollen, und bei uns gerade das Gegenteil! Das erhellt schon aus der einfachen Tatsache, daß **die Arbeitnehmermitglieder in der Dortmunder Kommission** nicht etwa noch werktätige praktische Bergleute sind, sondern die beiden Schriftleiter der gewerkschaftlichen, **örtlichen Kampf- und Hetzblätter.** Wenn auch einer der beiden heute nicht mehr verantwortlich zeichnet, zur Zeit seiner Ernennung bis vor kurzem hat er es jedenfalls noch getan. Da ist es dann ganz erklärlich, **daß die Verhandlungen in den Untersuchungsausschüssen und der Kommission selbst recht oft vom Wege abirren** und zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern führen, die viel kostbare Zeit erfordern und den idealen Zweck, den die Väter der Grubensicherheitskommission bei ihrer Schöpfung sicherlich im Auge gehabt haben, völlig verkennen. Es gibt kaum eine gewerkschaftliche Forderung, die bei den langen Verhandlungen, die die Dortmunder Kommission in diesem Sommer leider zu führen hatte, seitens der Arbeitnehmer dabei nicht in die Debatte geworfen worden wäre, unter der Behauptung, daß diese Forderungen in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang mit jenen beklagenswerten Unglücksfällen ständen. So **wurde die Grubensicherheitskommission zum Tummelplatz für gewerkschaftliche und politische Kämpfe,** was noch unterstrichen wurde durch die auffallende Tatsache, daß man es für richtig gefunden hatte unter völliger Verkennung der Bestimmung in der Reichsverfassung, daß der Reichstag Untersuchungsausschüsse ernennen kann, noch eine Reihe von Reichstagsabgeordneten in diese doch rein preußische Kommission zu entsenden, die noch dazu ausgewählt wurden lediglich nach ihrer Parteizugehörigkeit. „Amerika, du hast es besser", — gilt also auch hier!"

In der letzten Sitzung der Grubensicherheitskommission protestierte ein Arbeitermitglied gegen eine derartige Pressepolemik. Der Vorsitzende hüllte sich in tiefes Schweigen, so daß angenommen werden muß, er billige eine solche Polemik. Wir werden uns künftighin dementsprechend einrichten.

Ueber die amerikanischen Verhältnisse besitzen wir zahlreiches Material, womit wir Unternehmer vom Schlage eines Herrn Andree in nächster Zeit zu belehren versuchen werden — soweit sie einer Belehrung überhaupt zugänglich sind. Heute wollen wir Herrn Andree nur sagen, daß die ausgewanderten deutschen Bergarbeiter sich sehr leicht in die amerikanischen Verhältnisse hineinfinden. Herr Andree aber — falls ihm ein Auswanderungsbedürfnis aufkäme — möge die Rückfahrkarte nicht vergessen. Sein soziales Gesichtsfeld hört bei der Nasenspitze auf.

Im übrigen aber wird unser Verband nicht solche Kameraden in die Grubensicherheitskommission schicken, die Herrn Andree passend wären. Die Kommission ist laut Bestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe berechtigt, „sich in jeder Weise über die Art, den Umfang, den Hergang und die Folgen des Unfalles sowie **über den sicherheitlichen Zustand der Gruben** zu unterrichten". Diese Unterrichtung paßt Herrn Andree nicht und so nennt er sie „Tummelplatz für gewerkschaftliche und politische Kämpfe". Wir verstehen seine Schmerzen!

Objektive Sachverständige?

Es muß als ein unerträglicher Mangel empfunden werden, daß sich alle bergbaulichen Versuchs- und Prüfstellen in Händen der Unternehmer befinden. Wenn nun z. B. bei Grubenunglücken Sachverständigengutachten benötigt werden, dann muß sich die Bergbehörde an diese Stellen wenden. Wir wollen gern anerkennen, daß sich die meisten dieser Sachverständigen redlich bemühen, möglichst objektiv zu erscheinen. Aber nicht alle. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß einer dieser Herren sich bei einer Gelegenheit ganz öffentlich und über den Rahmen seiner Gutachtertätigkeit hinaus für die Unternehmerinteressen eingesetzt hat.

Und die anderen, die sich ehrlich bemühen, objektiv zu erscheinen? Wir nehmen einen immer wiederkehrenden Fall an: Das Gutachten hat sich auf mangelhafte oder sinnwidrige Einrichtungen auf der Grube zu erstrecken, die das Unglück begünstigt haben. Dürfte es da den Sachverständigen nicht schwer fallen, ein abfälliges Urteil zu fällen? Selbst wenn wir von dem nach der bürgerlichen Moral geltenden Grundsatz: „Wes Brot ich esse, des Lied ich singe" absehen, so sind doch die persönlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge zwischen den Zechenbesitzern, den Direktoren und den Leitern dieser Anstalten derart, daß sich ein gewisser Einfluß auch beim besten Willen nicht ausschalten läßt. Die Verhältnisse zwingen also zur Uebernahme dieser Anstalten auf Reich oder Staat.

Ursachen der Schlagwetterentzündung auf Lothringen.

Am 19. Dezember tagte die Grubensicherheitskommission auf der Zeche Lothringen, um über die Untersuchungsergebnisse abschließend zu beraten. Einig war man sich darüber, daß die Explosion ihren Ausgang an der Abzweigung des vermauerten, kurz zuvor geöffneten 2. Abteilungsquerschlages in der Richtstrecke genommen hat. Uneinigkeit bestand über die Entzündungsursache. Tatsache ist, daß eine elektrische Fahrdrahtlokomotive in die Gefahrenzone hineingefahren ist und kurz danach die Explosion erfolgte. Die Gefahr der Fahrdrahtlokomotive haben wir bereits in Nr. 46 der „Bergarb.-Ztg." genügend beleuchtet. Augenzeugen darüber, ob in diesem Falle die Lokomotive gezündet hat, gibt es allerdings keine. Man versuchte ihre Unschuld sogar damit zu begründen, daß nach der Explosion die Bremse angezogen vorgefunden wurde. Das konnte nicht im Augenblick der Explosion geschehen sein, sondern schon vorher, weil dazu ein Zeitraum von genau 10 Sekunden notwendig sein soll. Die Maschine habe im Explosionsmoment nicht gefahren und konnte deshalb auch keine Funken verursachen.

Die beiden Wetterlampen, die sich während der Explosion vor der Maueröffnung befanden, wurden in vollkommener Ordnung vorgefunden. Immerhin könne eine der beiden Lampen die Schlagwetter entzündet haben auf folgende Weise: Beim Anstecken der Lampen durch Cereisenfunken splittern eine ganze Anzahl unverbrannter mikroskopisch kleiner Cereisenteilchen ab, die sich in der Lampe ansammeln. Werden diese Teilchen durch irgend einen Umstand an den heiß gewordenen Drahtkorb der Lampe gebracht, dann entzünden sie sich explosiv und springen durch die Drahtkörbe nach außen. Dadurch kann eine Explosion eingeleitet werden. (Die in Frage kommenden Wetterlampen hatten Doppelkörbe.) Solche Schlagwetterentzündungen sind nachweislich wiederholt vorgekommen.

Trotz alledem kann man sich im Falle Lothringen des Eindrucks nicht erwehren, daß die Lokomotive als die wahrscheinlichere Ursache in Frage kommt. Dieses wollten in der Grubensicherheitskommission auch die Arbeitervertreter gelten lassen, sie wurden aber von der Gegenseite bekämpft. Wie in jedem Falle, so hat man auch diesmal eine Pressenotiz verfaßt — nicht einstimmig, sondern mit Mehrheitsbeschluß —, in der beide Entzündungsmöglichkeiten gleich bewertet wurden. Um so mehr ist man überrascht, als statt dieser üblichen Pressenotiz nun ein kurzer Sitzungsbericht in der Tagespresse erschienen ist. Wer diesen Bericht einem Pressekorrespondenten in die Hände gespielt hat, ist zunächst unklar. Die Unternehmervertreter waren es sicherlich nicht, weil sich dieser Bericht ziemlich an die Meinung der Arbeitervertreter anlehnt. Aber auch die Arbeitervertreter haben mit diesem Bericht nichts zu tun. Es bleibt auch unklar, was mit diesem außergewöhnlichen Weg (bisher wurden Sitzungsberichte allgemein nicht zur Veröffentlichung gebracht) erreicht werden soll.

Befremdend wirkt es, daß es immer noch Leute gibt, die in gewissenloser Weise die elektrische Lokomotive zu verteidigen versuchen, nachdem doch ihre Gefährlichkeit allgemein erkannt ist. Noch vor kurzer Zeit ging eine Notiz durch die unternehmerfreundliche Presse, wonach selbst auf Holland die Entzündung durch die Lokomotive abgestritten wurde. Diese Presse schimpft mit Vorliebe über die Gewissenlosigkeit der Bergleute, um gleichzeitig dasselbe in weit größerem Maße zu begehen.

Noch ein Grubenunglück auf Lothringen I-II.

Montag, den 21. Dezember, ereignete sich auf der Schachtanlage Lothringen I-II in Gerthe infolge zu früher Zündung eines Sprengschusses wiederum ein schweres Unglück. Fünf Kameraden wurden schwer verletzt, von denen einer seinen Verletzungen erlag.

Die Zahl der Todesopfer der Explosion auf Lothringen I-II am 30. November hat sich auf acht erhöht.

Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen.

Das rheinische Braunkohlenrevier

erlebt zurzeit eine Konjunktur wie nie zuvor. Nicht nur, daß die gesamte Förderung restlos abgesetzt wird und keine Haldenbestände vorhanden sind, die Nachfrage nach Briketts kann zurzeit überhaupt nicht befriedigt werden. Der Absatz für das nächste halbe Jahr ist schon gesichert, da Aufträge in dieser Höhe vorliegen. Es wird mit Hochdruck gearbeitet und der Förderanteil mit durchschnittlich 27 To. je Mann und Schicht (im Grubenbetrieb) wird von keinem anderen Braunkohlenrevier auch nur annähernd erreicht. Die günstige Geschäftslage spiegelt sich in den Abschlüssen der beteiligten Werke wieder, die Dividenden verteilen, die zum Teil die Ausbeute der Vorkriegszeit übersteigen. Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß die Arbeiter an den günstigen Absatz- und Produktionsverhältnissen gleichfalls teilnehmen wollen. Sie kündigten zu diesem Zweck das bestehende Ueberarbeitsabkommen zum 31. Dezember 1925. Die Ablehnung dieser Forderung durch die Unternehmer konnte nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht überraschen, doch hatte man von der Einsicht des Schlichters etwas mehr erwartet. Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, fällte der ständige Schlichter für das Rheinland in der Arbeitszeitfrage einen Schiedsspruch, nach dem die jetzige Regelung der Arbeitszeit vom 1. Januar 1926 auf neun Monate weiter gilt. Die erstmalige Kündigung ist am 1. zum letzten September möglich, von da an monatlich. Die Erklärungsfrist läuft am 22. Dezember 1925 abends 6 Uhr ab.

Die so oft betonte Notgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern gilt scheinbar nur zu Zeiten der Krise. Bei einer besseren Konjunktur schöpft nur der Unternehmer den Rahm ab, während die Arbeiter das Nachsehen haben. Untragbar an dem Schiedsspruch ist die lange Bindung auf neun Monate. Von den Arbeitern wurde er abgelehnt.

Im Saarrevier

machte die Direktion der Saargruben auf Grund der letzten Lohnforderungen den Arbeitern den Vorschlag, die Grundlöhne um 15 Prozent aufzubessern. Diese Regelung würde einer Erhöhung des Schichtlohnes um 1—1,50 Fr. entsprechen. Da diese Lohnaufbesserung in keiner Weise der verteuerten Lebenshaltung infolge des Frankensturzes entspricht, wurde der Vorschlag abgelehnt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau

wurde am 5. Dezember ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Grundlöhne für Arbeiter unter Tage vorsah. Leider wurden die Tagesarbeiter, die keine Gelegenheit haben, durch Auswirkung des Gedinges ihren Lohn zu erhöhen, darin nicht berücksichtigt. Von den Gewerkschaften wurde gegen diese Ungerechtigkeit aufs schärfste protestiert. Um aber die im Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung den übrigen Bergarbeitern zu sichern und eventuelle Verbesserungen bei den Nachverhandlungen zu erreichen, wurde der Schiedsspruch angenommen und gleichzeitig die Verbindlichkeitserklärung desselben beantragt, die auch inzwischen ausgesprochen wurde.

GLÜCKWUNSCH!

Allen unseren Kameraden,
Mitarbeitern
und Geschäftsfreunden
sprechen wir zum Neuen Jahre
unseren herzlichsten Glückwunsch
aus.

VORSTAND, REDAKTION,
GESCHÄFTSLEITUNG

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Der Lohn- und Tarifkampf im oberschlesischen Bergbau.

Ende des August 1925 kündigte die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im Bergbau die bis dahin bestehenden Tariflöhne, um entsprechend der immer noch steigenden Teuerung eine Aufbesserung der Löhne durchzusetzen. Ueber die dem Arbeitgeberverband unterbreitete Lohnforderung in Höhe von 20 Proz. fanden mehrere Verhandlungen statt, die ergebnislos abgebrochen wurden. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes wandte sich nunmehr an das Reichsarbeitsministerium und ersuchte dasselbe, die ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen in einem den Arbeitern günstigen Sinne zum Abschluß zu bringen. In der diesbezüglichen dem Reichsarbeitsministerium unterbreiteten Eingabe wurde seitens der Arbeitsgemeinschaft unverhohlen zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterverbände im oberschlesischen Bergbau zu dem amtlichen Schlichter, Herrn Oberregierungsrat Dr. Brandes, kein Vertrauen mehr haben, und ersuchten um Ernennung eines anderen Schlichters. Entgegen diesem Ersuchen wurde dennoch der Oberregierungsrat Dr. Brandes mit der Fortsetzung der Verhandlungen betraut. In den dann unter seinem Vorsitz geführten Verhandlungen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den bisherigen Zustand der Löhne als der Teuerung entsprechend für gut und hoch genug befand. Dieser Schiedsspruch wurde von unserer Bezirksleitung abgelehnt. Die anderen der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Organisationen haben sich der Haltung unserer Bezirksleitung angeschlossen, und es gelang auch, die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zu verhindern.

In einer darauf stattfindenden Revierkonferenz des Verbandes wurde erneut eine Lohnforderung von 20 Prozent beantragt. Weiter wurde beschlossen, das Ueberarbeitszeitabkommen zu kündigen. (Das ist inzwischen geschehen.)

Es entwickelte sich ein erbitterter Kampf. Verhandeln wollten die Unternehmer überhaupt nicht mehr. Telephonisch teilten sie der Bezirksleitung auf die in der Revierkonferenz beschlossenen und ihnen schriftlich übermittelten Forderungen mit, daß sie es für überflüssig finden müßten, zu den eingereichten Forderungen auch nur ein Wort zu verlieren. Sie lehnten jede Verhandlung nach dieser Richtung hin ab.

Abermals mußte das Reichsarbeitsministerium eingreifen. Wieder lehnte die Arbeitsgemeinschaft den amtlichen Schlichter wegen Parteilichkeit ab. Es hat alles nichts genützt. Das Reichsarbeitsministerium ist allmächtig und zwang den Organisationen den abgelehnten Schlichter gegen ihren Willen auf.

Es kam zur Verhandlung, und im Verlauf derselben wurde nach einer mehr als 10 Stunden dauernden Redeschlacht, an der auch Kamerad August Schmidt-Bochum teilnahm, nachstehender Schiedsspruch gefällt:

„1. **Der Lohn der Schichtarbeiter aller Tarifgruppen wird ab 1. Dezember 1925 um 3½ Prozent erhöht.** Diese Regelung gilt unkündbar bis zum 31. März 1926 und bezieht sich nicht auf die Arbeiter der Kokereien und Zinkgruben.

2. **Die Gültigkeit des Manteltarifs wird bis zum 30. Juni 1926 unkündbar verlängert.**

3. **Die Mehrarbeit, wie sie in der Vereinbarung vom 13. Dezember 1923 für die Untertagsarbeiter und in der Vereinbarung vom 31. Dezember 1923 für die Uebertagsarbeiter vorgesehen ist, wird bis 30. Juni 1926 unkündbar fortgesetzt.** Ausgenommen hiervon bleiben die Arbeiter in den Grubenkokereien, für die in Zukunft die behördliche Regelung nach den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 in Verbindung mit der Verordnung über die Arbeitszeit in Kokereien und Hochofenwerken vom 20. Jan. 1925 gelten soll.

Beiden Parteien wird eine Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bis zum 29. November 1925 gewährt.

Gleiwitz, 27. Novbr. 1925. gez.: Dr. Brandes."

Wiederum wurde der Schiedsspruch von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterverbände abgelehnt. Nochmals fand darüber eine Aussprache beider Parteien im Reichsarbeitsministerium statt, in der im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft Kamerad Franz mit allem Nachdruck die Unannehmbarkeit des Schiedsspruchs betonte. Ungeachtet dessen wurde der Schiedsspruch trotzdem für verbindlich erklärt.

Der Schiedsspruch sowie seine Verbindlichkeitserklärung sind ein Hohn auf die Not der oberschlesischen Bergarbeiter. Aber eine Arbeiterschaft, die zu 80 Prozent unorganisiert ist, hat eine bessere Behandlung nicht zu erwarten. Der Kampf ist abgebrochen, aber nicht beendet. Eine halbjährige Waffenstillstandsruhe ist eingetreten. Wird diese Zeit von den Arbeitern nicht dazu benutzt, um die Reihen des Bergarbeiterverbandes zu stärken, dann werden sie in den kommenden Kämpfen erneut den Kürzeren ziehen. „Macht geht vor Recht", sagen die Unternehmer. Wir rufen den oberschlesischen Bergarbeitern zu: Setzt den Unternehmern eine gleiche Macht gegenüber! Tretet ein in die Reihen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands!

Das Ende einer Verleumdung.

Der Bergmann und bolschewistische Gemeindeschöffe Bernhard Gwosdz aus Zaborze hatte in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Zaborze die Angestellten des Bergarbeiterverbandes in flegelhafter Weise schwer beleidigt. Dem Angestellten Krzymik, der in der betreffenden Versammlung referierte, trat er als Diskussionsredner entgegen und sagte auch neben anderen unwahren Dingen, daß die Angestellten des Bergarbeiterverbandes von Husemann bis Krzymik herunter die Bergarbeiter fortgesetzt verraten und verkauft hätten. Bei der Unterzeichnung der Arbeitsordnung beispielsweise wurden nicht nur 36 Flaschen Kognak gesoffen, sondern auch ein ganzes Schwein gefressen und vieles andere mehr. Der Referent Krzymik ersuchte den Gwosdz, diese beleidigenden Worte zurückzunehmen. Das tat er nicht, sondern behauptete, daß er das, was er gesagt hat, auch beweisen werde.

Von der Bezirksleitung wurde Gwosdz zweimal vorgeladen und um Widerruf dieser Beleidigung ersucht. Dabei ist ihm in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben worden, daß er seine Behauptung nötigenfalls vor Gericht beweisen müßte. Diese Ermahnungen hat er in den Wind geschlagen. Die Angestellten sahen sich deshalb gezwungen, ihn zu verklagen, um ihm auf diese Weise Gelegenheit zur Beweisführung seiner Verleumdungen zu geben.

Am Dienstag, den 15. Dezember 1925, fand vor dem Amtsgericht Hindenburg die Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. **Gwosdz wurde zu 150 Mk. Geldstrafe und Tragung der Prozeßkosten verurteilt, weil er den Beweis für seine Behauptung nicht erbracht hat.** Im Nichtbeitreibungsfalle für je 10 Mk. Strafe ein Tag Gefängnis. Den Beleidigten ist Publikationsbefugnis des Urteils erteilt worden. Diese erstreckt sich auf die Tageszeitung der Kommunisten „Rote Fahne" und auf das sozialdemokratische „Hindenburger Tageblatt" bezw. „Volksblatt", außerdem auf die Anschlagstafel der Gemeinde Zaborze, in der Gwosdz, wie schon erwähnt, als Gemeindeschöffe fungiert.

Mit diesem Urteil ist endlich einmal einer Lüge der Hals gebrochen worden, mit der seit nahezu vier Jahren die Bergarbeitermassen Oberschlesiens fortgesetzt vergiftet wurden. Alle Mahnungen und Warnungen der Angestellten des Verbandes wurden in den Wind geschlagen. Immer wieder tischte die „Rote Fahne" diese Lügenspeise ihren Lesern von neuem auf, bis letzten Endes das Gesetz Ordnung schaffen mußte. Der Zeuge des Verurteilten, der Kommunist Strzeletz, der eigentlich der indirekte Urheber dieser Lüge ist und der die Behauptung des Beklagten eidlich bestätigen sollte, hat gänzlich versagt.

Der erste Held, der diese infame Lüge in die Welt gestreut hat, war der „Kommunist" Krzykala aus Laurahütte, der bei der Abstimmung über Oberschlesien für eine Abstimmung zur Weltrevolution Propaganda betrieb. Er befindet sich jetzt in Bayern und bewegt sich dort in deutschvölkischen Kreisen. Für jeden ehrlichen Menschen bedeutet diese damalige Handlungsweise der Bolschewisten nicht nur einen glatten Landesverrat, sondern in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse des abgetrennten Gebiets auch einen schweren Verrat an der gesamten Arbeiterschaft Oberschlesiens. Und solche Burschen wagen heute gegen Arbeiterführer, die schon jahrzehntelang für das Recht der Arbeiter kämpfen, den Vorwurf des Verrats zu erheben!

Es muß noch erwähnt werden, daß dieser saubere deutschvölkische „Kommunist" Krzykala uns vor drei Jahren aus Bayern mit einem Schreiben bedrohte, aus dem hervorging, daß diese von ihm mitunterzeichnete und angeblich auf Verrat beruhende Arbeitsordnung nach seiner Meinung viel zu gut für die oberschlesischen Bergarbeiter sei. Das ist die wahre Fratze dieser elenden Verleumder.

Gwosdz war Mitglied des Verbandes und hat sich durch seine Verleumdung jetzt, nachdem das Gericht gesprochen hat, von selbst aus dem Verbande ausgeschlossen. Wer nicht hören will, soll und muß fühlen!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 1. Woche (vom 27. Dez. bis 2. Jan.) fällig. Wir bitten um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevision.

Bredeney. 1. bis 10. Jan. — **Kleinsaubernitz.** 1. bis 15. Jan.

Kranzspendemarke.

Gelsenkirchen-Rotthausen. Für Monat Dezember hat jedes Mitglied eine Kranzspendemarke zu 10 Pf. zu kleben.

Der Jungkamerad

Neues Jahr — neues Wollen.

Mit neuem Hoffen betreten wir die Schwelle eines neuen Jahres. Neue Erwartungen und Glückwünsche drängen sich uns auf beim Scheiden des alten und dem Kommen des neuen Jahres. Die trüben Erfahrungen der vergangenen Zeit werden mit einem befreienden Gefühl der Vergessenheit überantwortet — andere Wünsche und sehnsüchtige Gedanken steigen vor uns auf. Was wird uns davon das neue Jahr erfüllen?

Die Aussichten für den Bergmannsstand sind für die Zukunft wenig glückverheißend. Reich an Leiden, Not und Entbehrungen zeigt sich gegenwärtig der Lebensweg des Bergmanns. Dazu kommt das wertsherrliche Bestreben nach verschärfter Ausbeutung und Entrechtung. Fast könnte man mit dem alten Bergmannspoeten Kämpchen sprechen, wenn er sagt:

„Kein schofler Los, als Bergmann jetzt zu sein,
Und kein Geschick so jämmerlich und trübe,
Zum Bagnosträfling fehlen ihm allein
Die Ketten nur noch und die Peitschenhiebe."

Ist es übertriebener Klassenhaß, der uns diese Worte aussprechen läßt? Nein! Von jedem Bergmann werden sie als wahr empfunden. Sorgenvolle Mienen und notgefurchte Gesichter sind die äußeren Wahrzeichen seelischer und materieller Not. Können wir da von einer glücklichen ungetrübten Neujahrsstimmung sprechen? Nein, auch die ist nicht vorhanden. Statt froher festlicher Stimmung herrscht in den Bergmannskreisen Bitternis und Niedergedrücktheit. Bittere Klagelieder sind es, die uns aus dem Munde der Kameraden entgegentönen.

Neues Jahr, neues Hoffen. Trotz aller Not darf der Glaube an eine bessere Zukunft nicht verloren gehen, denn unter diesem Glauben wurde einst die Organisation als Kampfesgemeinschaft ins Leben gerufen. Klein war die Zahl der Kämpfer, groß und unüberwindlich schienen die Widerstände. Fesseln, die einst als äußerst drückend empfunden wurden, konnten dadurch gesprengt werden. Siegreich setzte sich der Organisationsgedanke zum Wohle der Bergarbeiterschaft durch.

Heute fehlt uns ein Stück von dem alten Kampfgeist. Unter den Wirrnissen der letzten Zeit wurden viele interessenlos und verfielen einer unfruchtbaren Skepsis gegen alles. Der innere Schwung und die Opferbereitschaft, die einst die Alten beseelte, ist heute nicht mehr in dem früheren Maße vorhanden. Das muß anders werden. Der alte Kampfgeist und die geschlossene Solidarität muß wieder wach werden und zu neuen Taten anspornen. Viele Kameraden sind der Phrase und einem fruchtlosen Indifferentismus verfallen. Sie alle gilt es als Helfer zu gewinnen. Vertrauen zur Organisation, nur die Einigkeit und geschlossener Kampfeswille führt zum Ziel — dies muß auch der letzte Bergmann erkennen lernen.

Mit dem neuen Jahre darf sich deshalb nicht nur neues Hoffen verbinden, sondern auch neues Wollen muß wach werden. Die Brücke von dem was ist und zu dem was sein soll, schafft nur ein lebendiges Wollen und zähe Tatkraft. Mit aufrechtem Blick und entschlossenem Willen gehen wir deshalb dem neuen Jahre entgegen!

An der Wende eines neuen Jahrhunderts.

Zu den Begebenheiten, die die Geschichte der Menschheit gewissermaßen zwangsläufig bestimmen, gehört auch die Entwicklung der Technik. Der Lebensstandard der Menschen war immer abhängig von der Art ihres wirtschaftlichen Lebens und den technischen Hilfsmitteln, die ihnen zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse zur Verfügung standen. Mit dem Entstehen der Volks- und Weltwirtschaft wurde die Technik bestimmend für das Lebensschicksal von Millionen Menschen. Das beweist uns insbesondere das hundertjährige Jubiläum, dem wir in diesen Zeilen gedenken wollen. Um es gleich zu sagen: es handelt sich um die Eröffnung des ersten Eisenbahnverkehrs der Welt. Gegen Ende des Jahres 1825 wurde in England zwischen Stokton und Darlington der erste Eisenbahnverkehr eröffnet. Selbst die Schöpfer dieser technischen Großtat mögen damals kaum geahnt haben, welche Grundlage sie dadurch für die Folgezeit der menschlichen Entwicklung schufen. Sehr richtig schreibt dazu ein englischer Historiker: „Die Lokomotive hat mehr getan, die Menschen zu vereinen, als alle Philosophen, Dichter und Propheten der Welt."

Kurz vor der Entwicklung des Eisenbahnverkehrs kam die Dampfmaschine auf, die weitere ungeahnte Möglichkeiten der Technisierung mit sich brachte. Alte Lebens- und Arbeitsbedingungen wurden dadurch vollkommen revolutioniert. Statt der bisherigen Verkehrsmittel: Wagen, Schiebkarren und anderen primitiven Hilfsmitteln entwickelte sich nunmehr eine großzügige Verkehrstechnik. Durch besseren Austausch der Produkte wurden auch dem wirtschaftlichen Leben andere Entfaltungsmöglichkeiten geschaffen. Die Arbeitsleistungen wurden durch Anwendung der Maschinen gesteigert und verstärkt.

Indes beschränkte sich die Entwicklung der Dampfmaschine keineswegs auf ein eng begrenztes Gebiet. Sollte die Maschine in Gang gehalten werden, so waren Antriebskräfte, Energiequellen erforderlich. Dazu benötigte man der Kohle. Diese konnte aber nur in reichem Maße gewonnen werden durch bergmännischen Tiefbau. Viele Jahre hindurch gewann man dieses bergmännische Produkt durch einfaches Graben und Wühlen an der Oberfläche bezw. durch Stollenbau. Sollten jedoch die unterirdischen Schätze in größerer Anzahl ans Tageslicht befördert werden, so waren dabei eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Diese bestanden besonders darin, daß mit dem Tiefbau ein größerer Wasserzufluß und mangelhafte Wetterführung die Arbeit unmöglich machte. Auch mußte die primitive Förderungsart durch andere Mittel ersetzt werden. All diese Schwierigkeiten wurden mit der Dampfmaschine behoben bezw. wesentlich erleichtert. Demgemäß führte die Entwicklung der Dampfmaschine nicht nur zu einem gesteigerten Kohlenbedarf, sondern ermöglichte auch zugleich die vergrößerte Produktionsweise im Bergbau.

Als drittes wichtigstes Bindungsglied zu dieser Entwicklung muß auch das Erz erwähnt werden. Der Bau von Maschinen und anderen notwendigen Eisenteilen war nur möglich durch die Beschaffung von Erz. Damit war die Grundlage zur Entwicklung der Verkehrstechnik, des Bergbaues und der Metallindustrie geschaffen. Da Deutschland in seiner geographischen Lage mit diesen Produkten teilweise reich gesegnet ist, so konnte sich nach den Gegebenheiten zu jener Zeit sehr leicht die Industrialisierung entwickeln. Diese Bedingtheiten kamen dann auch in einem Maße zur Entfaltung, wie es kein zweites Beispiel in der Menschheitsgeschichte aufzuweisen hat. Wenige Jahrzehnte genügten, um aus der Werkstatt des Handwerkers einen großen Fabriksaal, aus der „Kuhle" des schürfenden Bergmanns große Bergwerke entstehen zu lassen. In einem kurzen Zeitraum gelang es mittels Dampfschiff und Eisenbahn, weite Erdteile zu durchqueren und weite Länderteile mit einem Verkehrsnetz zu überziehen, dessen Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit wir kaum ahnen können. Die Umwälzung, die dadurch hervorgerufen wurde, wird uns am besten klar, wenn wir bedenken, daß vor hundert Jahren in Deutschland zwei Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, heute aber das umgekehrte Verhältnis besteht. Damals lebten nur 20 Millionen Menschen in Deutschland, heute sind es über 60 Millionen, trotz des verkleinerten Gebietes. Die technische Entwicklung, die vor hundert Jahren einsetzte, erwies sich demnach als Wegbereiterin für das vergangene Jahrhundert. Wie grandios diese Entwicklung an dem Lebensschicksal einzelner Bevölkerungsschichten rüttelte, zeigt uns besonders drastisch ein Zahlenbeispiel aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet. Hier betrug die Förderung und Belegschaftszahl im Jahre

	Belegschaftszahl	Förderung in Mill. To.
1850	12 741	1,66
1870	51 391	11,81
1890	127 794	35,46
1900	226 902	59,61
1913	372 389	114,20
1922	544 961	95,90
1924	443 552	94,07

Wenige Jahrzehnte genügten also, um das Arbeitsleben von Hunderttausenden in den dunklen Schoß der Erde zu bannen. Die Entwicklung der Technik und Industrie zerriß unbarmherzig frühere Lebensgewohnheiten, verwandelte landschaftliche Schönheiten in nüchterne rußgeschwärzte Arbeitsstätten und schuf aus den teilweise früher wirtschaftlich selbständigen Familien eine besitzlose Proletariermasse. Was die veränderte Lebenslage der Arbeiterschaft anbetrifft, so sind selbstverständlich auch andere Begleitumstände maßgebend gewesen. Wir betonen aber ausdrücklich auch die technischen Ursachen, die zu dieser Entwicklung führten, denn sie zeigen für die weitere Betrachtung beachtenswerte Anhaltspunkte.

Wenn man speziell die angeführten Zahlen aus der Kohlenproduktion des Ruhrgebiets betrachtet, dann findet man bekanntlich eine rückläufige Entwicklung, sowohl in der Förderungszahl als auch in der Zahl der Beschäftigten. Diese Tendenz ist in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen kohlenreichen Ländern, wie England und Amerika, festzustellen. Neben Ursachen wirtschaftlicher und politischer Natur, die vorübergehender Art sind, zeigt sich nämlich auch hierin wieder die technische Entwicklung als ein Grund zu dieser rückläufigen Entwicklung. Auf dem Gebiete der Wärmetechnik sind in den letzten Jahren der Steinkohle Konkurrenten entstanden. Da ist zunächst die fortschreitende Oelfeuerung zu bewerten. Wie beachtlich dieselbe ist, beweist die Tatsache, daß dieselbe sich gegenüber der Vorkriegszeit um das dreifache erhöht hat. Als eine weitere Energiequelle tritt die Ausnützung der Wasserkräfte in Erscheinung. Auch hat die Verbesserung der Wärmetechnik dahin geführt, daß durch bessere Verwendbarkeit der Braunkohle deren Verbrauch gegenüber 1913 um das vierfache gestiegen ist. Der von Flettner erfundene Windkraft-Rotor zeigt sich als weitere Energiequelle. Weitere Ausführungen beachtenswerter Art gibt ein Ing.-Chemiker Krüger, der über die Kraft- und Wärmeprobleme der Zukunft folgendes sagt:

„Schon seit längerer Zeit geht man mit dem Gedanken um, die in Bergwerken nicht abbauwürdigen Kohlenflöze durch in-

Neue Tage.

Von Ernst Preczang.

Wo kommt ihr her? Aus dunklem Grunde.
Wo geht ihr hin? In graue Nacht.
Inzwischen aber schlägt die Stunde,
Die euch gebiert zur Tat und Macht.

Mit Glut den Himmel zu umsäumen,
Erheb dein kühnes Flammenhaupt,
Den Tag lebendig aus den Träumen
Zu künden, was er jubelnd glaubt:

Dem Gestern Fluch! Es gab euch Schmerzen
Und grabverschworne finstre Not,
Ich aber fülle eure Herzen
Mit meiner Sonne goldnem Rot.

Ich schreite über Trümmerstätten
Und über euer Golgatha,
Ich schmelze eure letzten Ketten,
Euch zu befreien bin ich da.

So will ich dich vom Gestern trennen,
Und sinkt mein Sonnenauge zu,
Soll noch mein letztes Leuchten brennen:
Die Zeit erlöst... Die Zeit bist du.

direktes Verschwelen oder Verbrennen und Hochleiten der Destillations- oder heißen Verbrennungsgase an die Erdoberfläche für Kraftgewinnung nutzbar zu machen. Allerdings haben dahingehende Versuche in Amerika bisher noch nicht befriedigende Erfolge erzielt. Auch die in den Vulkanen aufgespeicherten Kräfte hat man schon teilweise verwertet, wie das in Lardarello bei Florenz angelegte Kraftwerk beweist, welches mit heißen unterirdischen Dämpfen gespeist wird und Oberitalien teilweise mit Strom versorgt.

In ähnlicher Weise wäre es auch möglich, an anderen Stellen der Erde die Wärme des Erdinnern nutzbar zu machen durch Anlegen von tiefen Bohrlöchern und Einpumpen von Wasser, welches sich durch die Wärme in Dampf verwandelt. (Bisher hat man in 2000 Meter tiefen Bohrlöchern bereits eine Temperatur von etwa 160 Grad festgestellt.) Auch die Kraft der Sonne hat man zur industriellen Wärmegewinnung verwertet, und zwar sind vor etwa 60 Jahren dahingehende Versuche mit großen versilberten Hohlspiegeln angestellt worden, welche Temperaturen ergaben, die zum Betrieb von Dampfmaschinen und Schmelzöfen ausreichten."

Diese kurzen Ausführungen lassen erkennen, daß wir auf dem Gebiete der Wärmetechnik vor neuartigen Problemen stehen, deren Tragweite im kommenden Jahrhundert vielleicht noch eine größere Rolle spielen, als die Erfindungen zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Jedenfalls scheint aber eins festzustehen: die Kohle, die durch die technischen Bedingungen vor hundert Jahren einen wohltätigen segensreichen Siegeszug antreten konnte, hat nach Ablauf dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt überschritten. Die Revolutionsmeisterin Technik beherrscht das Feld...

Mit welchen Gedanken begegnen wir nun dieser Entwicklung? Mit Bewunderung und Staunen folgen wir dem menschlichen Erfindergeist, der unermüdlich bestrebt ist, den technischen Fortschritt in den Dienst der Menschheit zu stellen und dadurch die menschlichen Arbeitsleistungen ausschalten will. Wer aber an die Tausende und Abertausende Arbeiterfamilien denkt, die dadurch vielfach ihrer Existenz beraubt und der Arbeitslosigkeit überantwortet werden, wird bedenklich gestimmt werden. Hier scheint der Fortschritt zum Rückschritt und zum Verhängnis zu werden. Wir müssen deshalb unterscheiden lernen dahingehend, daß jeder technische Fortschritt im Interesse der Menschheit liegt, soweit menschliche Arbeitskraft dadurch gespart wird. Diese fortschrittliche Entwicklung kann auch nicht aufgehalten werden, sie beruht zum großen Teil auf einer Zwangsläufigkeit. Es kommt vielmehr darauf an, daß Produktion und Konsumtion im Allgemeininteresse und zum Wohle des Ganzen sich auswirken können. Das ist heute bei weitem nicht der Fall, weil sich unsere Wirtschaft nicht nach regulären Grundsätzen einer Bedarfswirtschaft aufbaut, sondern privatkapitalistisches Profitstreben weitgehend bestimmend ist für die Art und den Umfang der Produktion. Diese Disharmonie muß beseitigt werden. Dies zu vollführen, ist die Arbeiterbewegung berufen, denn die Arbeiterschaft ist der leidende Teil dieser Entwicklung und hat ein unmittelbares Interesse an der Aenderung dieser Wirtschaftsordnung. Bis heute mußte sich die Arbeiterbewegung leider nur fast auf sozialpolitische Bestrebungen beschränken (Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnfragen, Urlaub usw.). Ein positives entscheidendes Recht und auch die Möglichkeit zum Mitwirken an einer regulären Wirtschaftsführung fehlte. Derartiges wird auch in Zukunft nur möglich werden, wenn sich nicht nur der materielle, sondern auch der geistige Machtbereich der Arbeiterklasse erweitert und vertieft. Stärkung der eigenen Kraft und Reihen ist deshalb das Gebot der Gegenwart und Zukunft.

Reichskonferenz und Jugendfrage.

Am 13. Dezember tagte in Berlin die Reichskonferenz unseres Verbandes, die auch zu den Fragen unserer Jugendarbeit Stellung nahm. Die schriftlichen Berichte aus den einzelnen Bezirken, die dazu gegeben wurden, zeugen von einer langsamen Wiederbelebung unserer Jugendarbeit. In einzelnen Bezirken ist bereits eine Anzahl von Jugendabteilungen gebildet, weitere Gründungen durch Neuwahl von Jugendobleuten stehen bevor. Aus den Berichten ergab sich weiterhin, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen im Verhältnis zu der Beschäftigungszahl sehr gering ist. Es wurde deshalb von den Bezirken angeregt, die Agitations- und Bildungsarbeit nach dieser Richtung hin weiter auszubauen. Als das beste Mittel zur Agitation wurde die Hausagitation und der Ausbau unserer Jugendzeitung empfohlen.

In einem Referat wurden dann die Anregungen zusammengefaßt und über die Jugendfrage u. a. folgendes ausgeführt:

Die Wiederaufnahme unserer Jugendarbeit resultiert aus rein sachlichen Erwägungen. Politische, konfessionelle und sportliche Vereine bemühen sich schon Jahrzehnte und auch heute mit Erfolg um die Gewinnung der Jugend. Sogar die Unternehmerkreise offenbaren hierin ein warmes Herz, indem sie den Jugendlichen Gelegenheit zu sportlicher Tätigkeit bieten. Unsere Organisation kann deshalb nicht auf die Erziehungsarbeit unserer Jugend verzichten.

Allerdings haben wir dabei auch mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen. Besonders bei der Organisierung ist es die schlechte Entlohnung der Jugendlichen und die Interesselosigkeit der Eltern, die uns vielfach die Arbeit erschwert. Anderseits liegt es in der Wesensart der Jugend (Hang zu Sport und Spiel, geistige Ungeklärtheit usw.), die unsere Bildungsarbeit sehr hemmt. Diese Schwierigkeiten dürfen uns aber nicht mutlos machen. Durch eine planmäßige Arbeit wollen wir vielmehr unsere Jungkameraden schulen. Voraussetzung dafür ist ein guter Stamm von Jugendobleuten, der das Werbematerial von zentraler Seite aus richtig verwertet und verbreitet. Die Schulung der Jugendobleute, die durch Konferenzen und Kurse zu erfolgen hat, muß gleichfalls angestrebt werden. Inwieweit im übrigen durch Herausgabe von Jugendschriften, Jugendzeitungen und Agitationsmaterial gefördert werden kann, das hängt weitgehend von der Durchorganisierung unserer Arbeit ab. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe die Schaffung und Schulung eines Funktionärstammes, der sich in den Dienst der Sache stellt. Jeder verantwortliche Verbandskamerad muß daher nach bester Kraft dazu beitragen, daß wir zu einem Stamm von Jugendobleuten und damit zu einer planmäßigen Jugendarbeit in allen Verbandsbezirken kommen.

Bergbaufragen vor den Parlamenten.

Das Grubenunglück auf Zeche Holland vor dem Landtag.

Der Berichterstatter, Kamerad Otter-Bochum (Soz.), führte am 17. Dezember u. a. aus:

Am 31. Oktober 1925 ereignete sich auf der Zeche Holland, Schacht I/II in Wattenscheid eine Schlagwetterexplosion. Durch diese Schlagwetterexplosion sind 17 Bergarbeiter getötet und 2 schwer verletzt worden. An den erlittenen Verletzungen ist ein Bergarbeiter nachträglich gestorben, so daß diese Schlagwetterexplosion 18 Todesopfer gefordert hat. Die in diesem Jahre so oft wiederkehrenden Grubenkatastrophen im Ruhrrevier haben in der deutschen Bevölkerung eine große Beunruhigung und Besorgnis um die Bergknappen hervorgerufen: Matthias Stinnes 10 Tote, Hannibal 10 Tote, Minister Stein 136 Tote, Dorstfeld 46 Tote, Holland 18 Tote und Germania 6 Tote. Auf der Unglückszeche Holland herrscht eine beispiellose Antreiberei. Die Jagd nach Kohlen kennt keine Grenzen. Nie konnten die Bergarbeiter mit ihrer Leistung die Betriebsverwaltung befriedigen. Jeden Tag wurden etwa 10 Bergarbeiter von jedem Revier ausgesucht, die feiern mußten. Der Tariflohn wurde den Bergarbeitern vielfach nicht ausgezahlt. (Hört, hört! links.)

Die oberen Beamten sind rigoros gegen die Bergarbeiter vorgegangen. Der Wettersteiger auf der Zeche Holland, der die Aufgabe hat, auf die Wetterführung zu achten, **hielt sich die meiste Zeit am Schacht auf und gab Signale nach oben, damit die Kohlenwagen schneller zutage gefördert wurden.** Statt im Grubenbau nach der Wetterführung Umschau zu halten, übernahm er am Schacht das Amt des Anschlägers, obwohl der Anschläger da war. (Hört, hört! links.)

Auf der Zeche Holland herrscht ein chronischer Holzmangel. Stundenlang müssen die Bergarbeiter in der Grube umherirren, um das notwendige Holz für den Ausbau ihres Betriebspunktes zu erhaschen. **Dadurch leidet die Grubensicherheit ungeheuer.** Die Einzelunfälle sind an der Tagesordnung. **Die Revierprämienfrage spielte bei der Antreiberei die größte Rolle.** Direktor Schulz-Buxloh verweigerte die Auskunft darüber, ob und in welcher Form die Verwaltung an die Steiger Revierprämien verteilt hat. Wir haben jedoch in Erfahrung gebracht, daß bis zu 70 Mark im Monat Revierprämien verteilt wurden. In den meisten Fällen bekommen jedoch die Steiger die Prämien nicht, weil sie sich nach Ansicht der Verwaltung in irgend einer Form vergangen haben sollten. Die Verwaltung suchte und fand immer einen Ausweg. (Hört, hört! links.) Bergarbeiter sind von der Verwaltung nach Hause geschickt worden, weil sie in der Schicht zuvor nicht so viel Wagen Kohlen fördern konnten wie die Verwaltung es bestimmte. Sehr oft sind auf der Zeche Holland Schlagwetter festgestellt worden. Das Wetterbuch der Zeche weist dieses nach. Ein Betriebsratsmitglied hat einen Bläser angehauen, der neun Monate lang trotz viermaligem Abdämpfen geblasen hat. (Hört, hört! links.) **Der mit elektrischem Strom geladene Draht für die Fahrdrahtlokomotive hat auf der 7. Sohle die eisernen Kappschienen bis zur Hälfte durchgebrannt.** Die Stromströme übertragen sich auf die Luft- und Wasserrohre und bildeten eine große Gefahr. Einmal haben die Bergarbeiter einen Sprengschuß besetzt. Als sie die zur Zündung notwendigen Drähte angebunden hatten, krachte der Schuß. (Hört, hört! links.) Da sie noch vor dem Betriebspunkt waren, wurden sie schwer verletzt. **Der elektrische Strom für die Fahrdrahtlokomotive hatte den Schuß gezündet.** Die elektrische Fahrdrahtlokomotive bildet auch nach dieser Hinsicht eine große Gefahr für die Grubensicherheit. **Sie muß aus dem Bergbau heraus! Beim Fahren der Lokomotive sah es meistens so aus, als wenn man mit offenem Feuer mit einer Fackel in der Grube umherging.** (Hört, hört! links.) Diese Lokomotive hat die bereits vorhandenen, aber insbesondere die durch den plötzlichen Druck im Flöz Dickebank ausgetretenen Schlagwetter gezündet. **Es erfolgte eine Schlagwetterexplosion** mit 18 Toten.

Uns genügt es absolut nicht, wenn nach den Explosionen verlautbart wird, daß der Gesteinstaub, gut gewirkt, eine noch viel größere Katastrophe verhindert hat. **Diese amtlichen Verlautbarungen geben zu, daß im Ruhrbergbau der Nährboden für noch größere Katastrophen vorhanden ist.** Wir verlangen, obwohl wir die Steinstaubeinrichtungen zu würdigen wissen, daß dem Nährboden für solche Explosionen mehr nachgegangen wird. Dieser Nährboden muß beseitigt werden. (Redner empfahl dem Landtag die Annahme der Ausschußanträge.)

✿ ✿

Mit dem Grubenunglück auf der Zeche Holland hat sich der Ausschuß für Handel und Gewerbe eingehend befaßt. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen. Dieser Antrag wurde auch vom Plenum am 17. Dezember gegen die genannten Parteien angenommen. Er lautet:

„Das Staatsministerium wird ersucht, zur Bekämpfung der Unfallgefahren bei der **unterirdischen elektrischen Streckenförderung** im Bergbau

1. die Verwendung elektrischer Grubenlokomotiven im ausziehenden Wetterstrom zu verbieten;
2. zu prüfen, ob die Vorschriften für die Einrichtung und den Betrieb der elektrischen Stromanlagen im Bergwerksbetrieb vom 1. Juli 1924 im einziehenden Wetterstrom noch zeitgemäß sind und sich nicht eine Ergänzung in der Weise empfiehlt, daß
   a) der Einbau automatischer Schalter und Kurzschließer zum schnellen Ausschalten der Fahrdrahtleitungen vorgeschrieben wird,
   b) Vorschriften darüber erfolgen, daß die Kabel in den Förderstrecken in eine gegen mechanische Beschädigungen möglichst geschützte Höhe gelegt werden;
3. jede Neuanlage von elektrischer Lokomotivförderung mit Fahrdraht auf Schlagwettergruben auch im einziehenden Wetterstrom nach Möglichkeit unter Berücksichtigung der etwaigen Gefahrenmomente zu verbieten;
4. die Einführung der Preßluftlokomotiven anstelle der elektrischen mit allen Mitteln zu fördern."

Im Zusammenhang befaßte sich der Ausschuß auch mit den vielen Einzelunfällen im Bergbau. Er faßte folgenden Beschluß, der auch vom Landtagsplenum unverändert angenommen wurde:

„Das Staatsministerium wird ersucht, dafür zu sorgen, daß die für die Seilfahrtschächte geltenden Seilrevisionen soweit wie möglich auch auf Stapel- und Blindschächte, ganz gleich, ob in ihnen Seilfahrt stattfindet oder nicht, ausgedehnt werden."

✿ ✿

Bereits bei der zweiten Lesung des Bergetats am 3. November 1925 wurden eine Anzahl Anträge von großer Bedeutung vom Plenum angenommen. Wir verweisen ganz besonders auf die sozialdemokratischen Anträge im Abschnitt „Grubensicherheit" zu 5 und im Abschnitt „Gegen die Arbeitslosigkeit" zu 8c. Der eine Antrag fordert erhöhten Kündigungsschutz für die Grubenaufsichtspersonen, während der andere eine Entschädigung für die arbeitslos gewordenen Bergarbeiter verlangt.

Folgende Anträge des Ausschusses wurden vom Plenum des Landtages angenommen:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dringend dahin vorstellig zu werden,

1. daß der Beschluß des Reichskabinetts vom 17. Januar 1925 über die vorläufige Regelung des Achtstundentages dahin erweitert wird, daß in den ununterbrochenen Feuerbetrieben, wie Kokereien, Hütten-, Stahl-, Walzwerken usw. mit sofortiger Wirkung der Achtstundentag bezw. das Dreischichtensystem eingeführt wird;
2. daß dem infolge der deutsch-polnischen Grenzziehung schwer bedrängten oberschlesischen Knappschaftsverein eine beachtliche Beihilfe aus Reichsmitteln zur Erbauung eines dritten Knappschaftslazaretts gewährt wird.

Antrag der Demokraten:

Der Landtag wolle beschließen, daß

1. das Arbeitszeitgesetz beschleunigt vorgelegt wird;
2. für den Uebergang im Verordnungswege die Arbeitergruppen bestimmt werden, die infolge besonders gesundheitsschädlicher Arbeiten dem § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 zu unterstellen sind und damit nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden dürfen.

Antrag der Kommunisten:

Der Landtag wolle beschließen, dafür zu sorgen, daß von den Berggewerbegerichten Prozeßgebühren oder Zeugenvorschüsse von den klagenden Arbeitern nicht erhoben werden dürfen.

Ausschußanträge.

Für die Grubensicherheit.

Der Landtag wolle beschließen, folgende Anträge anzunehmen:

1. das Staatsministerium zu ersuchen, mit Rücksicht auf die große Bedeutung, welche die Gefahrenbekämpfung für den gesamten Bergbau hat, und mit Rücksicht darauf, daß die heutige Versuchsstrecke nicht mehr genügt, zu prüfen, ob für die Versuche unter Tage eine der stillgelegten Zechen im Ruhrgebiet als Versuchsbergwerk zu erwerben oder zu pachten ist und bejahendenfalls die hierzu erforderlichen Mittel bereitzustellen;
2. das Staatsministerium zu ersuchen, die Stellen der Dezernenten des Grubensicherheitsamts im Haushalt der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung planmäßig festzusetzen;
3. das Staatsministerium zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß
   a) die Nachweise über Unfälle im Bergbau dreimonatlich erfolgen,
   b) die Bergrevierbeamten vom Vorsitze des Berggewerbegerichts entlastet werden;
4. das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Grubenaufsichtspersonen und Fördermaschinisten in Fällen, wo kein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung vorliegt, einen erhöhten Kündigungs- und Entlassungsschutz bekommen;
5. das Staatsministerium zu ersuchen, eine Novelle zum Allgemeinen Preußischen Berggesetz vorzulegen, in welcher die Entlassung der mit der Durchführung bergpolizeilicher Vorschriften betrauten Angestellten und Arbeiter wegen der gewissenhaften Beobachtung derselben unter Strafe gestellt wird.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Landtag wolle beschließen, folgende Anträge anzunehmen:

6. das Staatsministerium zu ersuchen,
   a) zur Milderung der Erwerbslosigkeit, insbesondere im Ruhrgebiet, die vorliegenden Kanal-, Eisenbahn- und Straßenbaupläne tatkräftig zu fördern,
   b) die Versuche zur chemischen Verwertung bezw. Verflüssigung der Kohle nach Möglichkeit zu unterstützen;
7. das Staatsministerium zu ersuchen, den von der Stillegung der Zechen hart betroffenen Gemeinden möglichst bald umfangreiche Kredite zur Durchführung von Notstandsarbeiten zu erträglichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen;
8. das Staatsministerium zu ersuchen,
   a) erneut mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung den Versuchen entgegenzuwirken, die darauf abzielen, Polen auf Kosten des deutschen Bergbaues und seiner Arbeiterschaft Konzessionen zu machen durch Erhöhung des Kohleneinfuhrkontingents über 100 000 t monatlich hinaus,
   b) bei der Reichsregierung dahin zu drängen, daß bei der Untersuchung der Komponenten des Kohlenpreises und der Prüfung der Maßnahmen zur Gesundung des Kohlenbergbaues Sachkundige der Bergarbeiter- und Angestelltenorganisationen mit herangezogen werden,
   c) bei der Reichsregierung anzustreben, daß die durch Stillegung von Kohlenbergwerken und Betriebseinschränkungen betroffenen Bergarbeiter aus Reichsmitteln in der Höhe entschädigt werden, wie das gesetzlich für den Kalibergbau festgelegt ist; die dem Reich entstehenden Kosten sind auf den Kohlenbergbau umzulegen,
   d) bei etwaigen Verhandlungen über Abgrenzung der europäischen Kohlenmärkte darauf bedacht zu sein, daß die Anpassung der Kohlenförderung an den Absatz von allen kohlenbergbautreibenden Ländern gleichermaßen durchgeführt wird,
   e) auf eine Ermäßigung des Zinsfußes bei den öffentlichen Banken hinzuwirken und Fällen von Zinswucher strafrechtlich entgegenzutreten,
   f) den wasserwirtschaftlichen Bestrebungen im Harz, insbesondere soweit sie mit den Mittellandkanalprojekten im Zusammenhang stehen, im Interesse des Oberharzer Erzbergbaues sorgfältige Beachtung zu widmen und die vorliegenden Projekte durch ein unparteiisches Sachverständigengremium überprüfen zu lassen,
   g) dafür Sorge zu tragen, daß der wissenschaftliche Nachwuchs der Geologischen Landesanstalt nicht beeinträchtigt wird durch die dauernde materielle Schlechterstellung ihrer wissenschaftlichen Kräfte gegenüber anderen gleichwertigen Beamtengruppen;
9. das Staatsministerium zu ersuchen, zur Steigerung des Absatzes der Ruhrkohlen und der Siegerländer Eisenerze auf eine angemessene Herabsetzung der deutschen Frachttarife, die immer noch erheblich höher sind als in der Vorkriegszeit, hinzuwirken;
10. das Staatsministerium zu ersuchen,
    a) sich mit allen Mitteln für die Abschaffung der Verschiebegebühr für den östlichen Steinkohlenbergbau einzusetzen,
    b) bei der Reichsbahn sich für eine allgemeine Senkung der Brennstofftarife einzusetzen;
11. das Staatsministerium zu ersuchen, durch die Reichsregierung durch organische und individuellere Umgestaltung der Frachttarife dahin zu wirken,
    a) daß der deutsche Kohlentarif — A. T. 6 —, der immer noch im Mittel 43 Prozent höher ist als in der Vorkriegszeit, um ein angemessenes Maß herabgesetzt wird, um die Lage der deutschen Wirtschaft zu erleichtern und damit den Absatz der deutschen Kohlengebiete zu steigern,
    b) daß wieder wie in der Vorkriegszeit ermäßigte Tarife zur Kohlenausfuhr über die trockene Grenze hergestellt werden.

Gegen die Teuerung.

Der Landtag wolle beschließen, folgende Anträge anzunehmen:

12. das Staatsministerium zu ersuchen,
    a) mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Bergarbeiter im besonderen, die Verbilligungsaktion der Reichsregierung nachdrücklichst zu unterstützen,
    b) dafür einzutreten, daß die vielfach ungerechtfertigte Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis planmäßig abgebaut wird,
    c) den Belegschaften der staatlichen Gruben bezw. der preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. durch entsprechende Vorschüsse die Kartoffeleinkellerung zu ermöglichen und in diesem Sinne auch auf die privaten Bergbau- und Hüttenbetriebe einzuwirken;
13. das Staatsministerium zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß in der amtlichen Lohnstatistik für den Bergbau der Wert der Urlaubstage besonders zum Ausdruck gelangt;
14. das Staatsministerium zu ersuchen, im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das bestehende Knappschaftsgesetz nicht verschlechtert wird, die in den letzten Jahren in Wegfall gekommenen knappschaftlichen Sonderleistungen dagegen wieder eingeführt werden;
15. das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß
    a) die auf Privatdienstvertrag verpflichteten Angestellten des Staatsbergbaues, die gegenüber den Staatsangestellten bedeutend schlechter gestellt sind, eine Ausgleichszulage erhalten,
    b) eine Vermehrung der Aufrückungs- und Beförderungsstellen der Bergvermessungssekretäre in derselben Weise erfolgt, wie dieses bei den gleichen Beamten der Katasterverwaltung und der Kulturämter geschehen ist,
    c) die Fördermaschinisten Oberschlesiens und des Oberkirchener Gebiets der Angestelltenversicherung unterstellt werden,
    d) dem Wunsche der staatlichen Markscheider nach Aufrücken in die Besoldungsgruppen 10 und 11, sowie dem Wunsche der mittleren Werksbeamten ohne Fachschulbildung nach Einstufung in Gruppe 7 entsprochen wird und die Betriebsführer der staatlichen Gruben mit besonders schwierigen Verhältnissen nach Gruppe 10 und ihre Stellvertreter nach Gruppe 9 kommen,
    e) der bei Beratung des Bergetats für 1924 betreffs der Ersten Bergräte, Oberbergräte, Bergräte usw. gefaßten Entschließung mehr, als bisher geschehen, Rechnung getragen wird;
16. das Staatsministerium zu ersuchen, daß den Angestellten in den Staatsbetrieben des Recklinghauser Bezirks das Einkommen um die Differenz, welche bei gleichen Voraussetzungen bezüglich Beschäftigungsart, Dienstalter usw. zwischen Besoldungsordnung (einschließlich aller Zuschläge) einerseits und dem Angestelltentarife andererseits besteht, rückwirkend ab 1. April 1925 erhöht wird;
17. das Staatsministerium zu ersuchen, bei der bevorstehenden Umwandlung der Staatsbergwerke der Direktion Recklinghausen in der Direktion der neuen Gesellschaft eine Einrichtung zu treffen, welche für die sozialpolitischen Belange eine gleichwertige Fürsorge gewährt, wie diese bei der sozialpolitischen Abteilung der Preußag gegeben ist;
18. das Staatsministerium zu ersuchen, die Dienstinstruktion der Bergrevierbeamten, die noch aus dem Jahre 1865 stammt, den veränderten Verhältnissen anzupassen und neu aufzustellen. Dabei ist die Stellung der Hilfsarbeiter (Bergräte) selbständiger zu gestalten und diesen eine größere Verantwortung zu geben;
19. das Staatsministerium zu ersuchen, die Oberbergämter anzuweisen, daß bei Ansetzung der Gebühren bei Verleihung von Grubenfeldern Rücksicht auf die Größe und den Wert des beliehenen Feldes genommen wird;
20. das Staatsministerium zu ersuchen, auf eine gerechte Verteilung der gewerblichen Berufsschullasten hinzuwirken.

Bergarbeiterschutz im sächsischen Landtag.

Aus Anlaß einer Eingabe unseres Verbandes an den Reichstag und die einzelstaatlichen Landtage, worin die alsbaldige Schaffung eines reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutzes gefordert wurde, hat auch die Sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages einen entsprechenden Antrag eingebracht, der nach mehrfachen Ausschußberatungen am 15. Dezember 1925 vom Plenum des Landtages in seinen Hauptteilen einstimmig, in einigen Teilen gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei in folgender Fassung angenommen wurde:

„Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf die alsbaldige Schaffung eines Reichsbergarbeiterschutzes hinzuwirken. In dieses Gesetz sollen zum wirksamen Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter unter Anpassung an die besonderen bergbaulichen Verhältnisse der einzelnen Länder folgende Hauptpunkte des Bergarbeiterschutzes angenommen werden, wobei die nachstehenden Fassungen als Richtlinien zu dienen haben:

1. Im gesamten Bergbau ist einem jeden Bergamte (Revierbergamte) mindestens ein Grubenkontrolleur aus den Reihen der Bergarbeiter beizuordnen. Vorbedingung für dieses Amt muß eine entsprechende Dauer bergmännischer Tätigkeit, mindestens als Hauer sein. Diese Grubenkontrolleure dürfen in kein Beamtenverhältnis gestellt werden, sie sind von den an den bergbaulichen Tarifgemeinschaften beteiligten Bergarbeiterorganisationen den Oberbergämtern zu benennen und es muß ihnen das Recht der jederzeitigen selbständigen Befahrung der Bergwerksanlagen unter und über Tage eingeräumt werden mit der Maßgabe, daß sie sich bei Beginn der Befahrungen bei den Betriebsleitungen zu melden haben.

2. In den einzelnen Bergrevieren sind nach dem Vorbilde Preußens Grubensicherheitskommissionen zu bilden.

3. Den Mitgliedern der Betriebsausschüsse beziehentlich dem Betriebsobmann im Bergbau sind die in Ziffer 1 angeführten Kontrollrechte einzuräumen mit absoluter Sicherstellung gegen Maßregelungen jeder Art.

4. Beeinflussung der Tätigkeit verantwortlicher Aufsichtspersonen durch Androhung oder Zufügung von wirtschaftlichen Nachteilen sind zu bestrafen, desgleichen Prämiensysteme, durch die Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet werden.

5. Die Oberbergämter haben im Einvernehmen mit den zuständigen Grubensicherheitskommissionen (Ziffer 2) mit den jeweils besten Mitteln für Maßnahmen zur Verhinderung namentlich der Kohlenstaub- und Schlagwettergefahren im Bergbau zu sorgen. Zur weiteren Bekämpfung der Kohlenstaubbildung ist das Ueberladen der Förderwagen zu verbieten.

6. Die Hauer und Schießmeister sind für ihren Beruf besonders auszubilden. Es ist ihnen nach erfolgter Ausbildung beziehentlich Befähigungsprüfung ein Hauerschein beziehentlich Schießmeisterschein zuzustellen.

7. Für Rettungszwecke bei Unglücken im Bergbau müssen auf jeder Schachtanlage hinreichend Rettungsgeräte in stets brauchbarem Zustande vorhanden sein, soweit nicht für mehrere Gruben zentrale Rettungseinrichtungen zur sofortigen Verfügung stehen. Die Rettungsmannschaften sind möglichst aus den Reihen geschulter Bergleute zu entnehmen. Die Leistung von Doppelschichten, außer in Fällen zur Rettung von verunglückten oder in Lebensgefahr schwebenden Bergleuten und soweit hierbei die Kräfte der beteiligten Arbeiter nicht überanstrengt werden, ist zu verbieten.

8. Die in den vorstehenden Ziffern 1—7 genannten Forderungen sind schon vor Verabschiedung eines Reichsbergarbeiterschutzes für den sächsischen Bergbau durch Bergpolizei- oder andere Verordnungen durchzuführen. Darüber hinaus sind für den sächsischen Bergbau Einrichtungen zu treffen zur planmäßigen und dauernden Belehrung der Bergleute über die mannigfachen Gefahren des Bergbaues."

Garantie-Fahrräder

mit Freilauf

für Herren: 76,00 M. für Damen: 84,00 M.

Man verlange kostenlos Katalog von der Sigurd-Gesellschaft m. b. H. Cassel 78.

Stoffe!

Ausnahmeangebot!

Nur kurze Zeit gültig, bestellen Sie daher sofort!

Nr.		Breite		Mk.
310	Ungebl. Baumwolltuch, feinfädig	70/75	cm	0,52
311	Ungebl. Baumwolltuch, gute starke Sorte	78	"	0,78
312	Ungebl. Baumwolltuch, stark wie Brett	140	"	1,45
313	Weißes Hemdentuch, sehr gute Gebrauchsware	80	"	0,91
314	Weißes Hemdentuch, Ia., das Beste vom Besten	80	"	1,05
315	Hemdenflanell, beste Strapazierware	70/75	"	0,86
316	Hemdenflanell, schwerste, reine Ware	70/75	"	1,03
317	Handtücher, farb. Mk. 0,50, feste Strap.-Ware	42	"	0,63
318	Handtücher, Gerstenk., weiß, beste Aussteuer-W.	42	"	0,65
319	Zefir, echt reine Ware mit schönen Streifen	70/75	"	0,78
320	Bettzeug, kariert, ganz vorzügl. Qualität	80	"	0,97
321	Bettzeug, die gleiche Qualität	120	"	1,60
322	Betttücher, weiß und farbig, Stück 3 Mk., 140/190 cm breit beste Qualität, in weiß und farbig			3,60

Meine Stoffe sind garantiert nur von reinen, echten und besten Garnen hergestellt und erhalten Sie vollen Betrag zurück, wenn meine Ware nicht besser und billiger als anderseits ist. Versand sofort per Nachnahme ab Mk. 10,—. Bei Bestellung über Mk. 20,— portofrei. Nicht Entsprechendes nehme ich zurück!

Robert Kummer, Webwaren-Fabrikate, **Weiden i. Opf. 10.**

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund graue, gute geschlissene Bettfedern 1,—, 1,20 M., halbweiße flaumige 1,50 M., weiße flaumige, geschl. 2,—, 2,50, 3,— M., feinste geschliss. Halbflaum-Herrschaftsfedern 4,—, 5,—, 6,— M. Versand zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestat., für Nichtpassend Geld retour. Preisliste gratis.

S. Benisch, Prag-Weinberge, Kramerlova Nr. 24/709, Böhm.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Wichtige Neuerscheinung!

Jahrbuch 1924

des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

330 Seiten.

Preis im Buchhandel 3,— Mark.

Vorzugspreis für Verbandsmitglieder 2,— Mark.

Zu beziehen durch

H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstraße 42.

Schweinsköpfe mit Fettschwarte durchw. Gew. 9 Pfd. Mk. 5,50

Kugelkäse 2 r. Kug. 9 Pfd. M. 4,95 9 Pfd. dän. Edam. Fettkäse Mk. 8,65. 9 Pfd. dän. Schweizer Fettkäse Mk. 10,60. 9 Pfd. Rot- u. Leberwurst Mk. 6,85, 9 Pfd. Cervelat- u. Plockwurst Mk. 17,10. 9 Pfd. ger. durchw. Speck Mk. 13,50. Freibl., ab hier, Nachnahme.

H. Krogmann, Nortorf i. Holstein 502

Kammwolle per Pfund Mk. 3,—, **Mantelstoff** 140 cm p. m Mk. 2,40 sol. Vorrat, liefert die Wollspinnerei **Tirschenreuth B.**

Hilfe gegen Krankheit!

Suchen Sie Hilfe gegen Krankheit, dann zögern Sie nicht, noch zur rechten Zeit das richtige Mittel anzuwenden. Die seit 27 Jahren bewährten, auch von Aerzten und Naturheilkundigen empfohlenen Dr. Zinsser's Spezial-Heil-Tee's sind schon tausendfach erpropt und haben Hunderttausenden, auch solchen, die an eine Heilung längst nicht mehr glaubten, Linderung und Heilung gebracht.

- Nr. 1 Verdauungsstörungen
- " 2 Asthma
- " 4 Blasen- und Nierenleiden
- " 21 Schwäche des Herzens
- " 26 Leber- und Gallensteinleiden
- " 28 Lungenleiden
- " 29 Magen-Tee
- " 38 zur Kräftigung der Nerven
- " 35 Gicht und Rheumatismus
- " 40 bei Arterienverkalkung
- " 42 bei Schlaflosigkeit.

Machen Sie einen Versuch mit einem Probepaket, das wir Ihnen

zum Ausnahmepreis von Mk. 1,50

porto- und spesenfrei liefern

Sie riskieren nichts, denn wir verpflichten uns, Ihnen den vollen Betrag zurückzuzahlen, wenn Sie keinen Erfolg erzielen. Schreiben Sie aber sofort, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden.

Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483. 1898 gegründet.

Gute Taschenuhr nur 3,50 Mk.

Nr. 3, Herren-Anker-Remontoiruhr, prima vernickelt, 3,50 Mk. Nr. 4, dieselbe, versilbert mit Goldrand, Scharnier, ovalem Bügel, 4,40 Mk. Nr. 5, dieselbe, ab. m. besserem Werk, 5,60 Mk. Nr. 6, Sprungdeckeluhr, 3 Deckel, vergoldet, hochfeine Uhr, 11,25 Mk. Nr. 7, Damen-Anker-Remontoiruhr, echt versilb. mit Goldrand, 6,40 Mk. Nr. 8 Armbanduhr, mit gutem Lederriemen, 6,40. Kette, vernickelt, 0,40 Mk., Kavalierkette, echt vergoldet, 1,40 Mk. Jede Uhr hat 33stündiges, genau reguliertes Werk.

Versand gegen Nachnahme. Garantie für jede Uhr. Katalog gratis!

Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

Käse postfrei ins Haus!

Kugelkäse, Edamer Form, 2 Köpfe ca. 9 Pfd. **M. 5,65**

Tafelkäse, Brotform, 2 Stück ca. 9 Pfund nur **M. 5,65**

Zurücknahme, wenn nicht gefällt! Preisliste über weitere Lebensmittel gratis.

Gustav Westphal, Altona 448 Hamburg.

Die vorteilhafteste Bezugsquelle für hochkeimfähige, sortenechte **Gemüse- u. Blumensämereien** bietet die Firma **Fritz Ballhorn,** Samenzucht und Samenhandlung, Opperode bei Ballenstedt. Versäumen Sie nicht, meine kostenlose Preisliste einzufordern.

Sämtliche **Musik-Instrumente** beziehen Sie direkt ab Fabrik preiswert u. gut. Katalog gratis. **Clemens Neuber, Klingenthal 7.**

Leicht laufend, stabil u. dauerhaft sind meine **Pfadfinder-Räder** mit 2jähriger Garantie von **68** Mark an. Nähmaschinen, Sprechapparate, Gummi, Laternen etc. Preise niedr. Ill. Katalog gratis. **Emil Levy,** Hildesheim. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Sie sparen bis 100% Farmer-Zigarre, statt 10 nur 6 Pfg. 10 cm groß, 100 St. M. 6,— 300 St. M. 17,50, 500 St. nur M. 30,— frei Haus gegen Nachnahme. Uebersee, Rauchtabake von 50 Pfg. bis 5.— M. per Pfund. Gar. Zurückn. Preisliste umsonst. Zigarrenfabriken, **Gebr. Weckmann, Hanau-H.**

Billige böhmische Bettfedern

1 Kilo graue geschlissene, Gm 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. **Benedikt Sachsel, Lobes 209** bei Pilsen in Böhmen.

Kamerad! Der Konsumverein „Wohlfahrt", Bochum wurde 1902 von 30 Bergarbeitern gegründet! — Wir warten auf Dich!

Neu erschienen!

Bergarbeiter-Taschen-KALENDER 1926

in dem alten geschmackvollen Gewande.

Jeder Kamerad sollte diesen Kalender als Ratgeber besitzen

Sammelbestellungen sind von den Ortsverwaltungen, mit deren Stempel versehen, an uns weiter zu leiten.

Preis (bei portofreier Zusendung) 70 Pfennig.

H. HANSMANN & Co :: BOCHUM

Inserate in der **Bergarbeiter-Zeitung** bringen guten **Erfolg!**

Lustige Gesellschaft steckt an! Sie finden sie in unserem **Lustigen Buche des Humors.** Dasselbe enthält die kapitalsten neuesten Witze, Vorträge u. Couplets. Sie werden sich totlachen. Sie können überall tosende Lachsalven hervorrufen! Dieses Buch schafft Ihnen viele Stunden der Lust und Laune und macht Sie zum beliebtesten Gesellschafter. Preis Mk. 1,60. **Kongress-Verlag, Abt. 109, Dresden A, Marschallstr. 27.**

Prüfet, wählt d. Beste! **Alles frei Haus!** freibleibend **Edamer** Art Käse,

2 Kugeln (9 Pfd.) 5,95; 9 Pfd. Holländer Art 5,95; 9 Pfd. Limburg. Art 6,50; 9 " Dän.-Schweizer, prima 11,95; 9 " Dän.-Holländer prima 8,95; 9 " Edamer, prima 10,95; 9 " Tilsiter Artkäse, fein, in Staniol 7,75; 200 Harzerkäse 5,20; 5 Pfd. Tafelkäse u. 4 Pfd. ff. Landmettwurst zus. 11,50; 9 Pfd. Ia. Speisefett 7,45; 9 Pfd. Tafelmargarine 6,95; 5 kg Eimer Pflaumenmus 5,75; 5 kg Dose neue Matjesheringe 5,95; 1 Dose Bratheringe, 1 Dose Geleeheringe, 1 Dose Bismarckheringe u. 1 Kiste ff. Bücklinge zus. 5 kg Paket 5,75; 3 Pfd. ff. gebr. Kaffee „Santos" hochfeine Qualität 9,60

E. Napp, Altona (Elbe) 52.

Ziehung 6. Januar 1926 **Geld-Lotterie** für das Auslandsdeutschtum. 6918 Gewinne in bar ohne Abzug Mk. **150000**, ev. **75000**, Haupt-gew. **50000**, **25000**. Orig.-Lose à 3,30 M. Porto u. Liste 35 ₰ extra empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme **Emil Stiller Nfg.** Bankhaus Hamburg, Holzdamm 37. Baldige Bestellung erw.

Sächsische Bettfedern- und Betten-Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch (Provinz Sachsen), Angerstrasse 4 sendet Ihnen wieder genau so gut wie früher, äusserst billig (zu Fabrikpreisen) **Federn und Inletts**. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben u. Preisliste umsonst u. portofrei.

Edelroller m. tiefem Hohl, Schockel, Hohlklingel, Knorre, Glucke zu 8, 10, 12 und 15 Mk. Weibchen 1,50 Mk. vers. gegen Nachnahme bei 6tägiger Probezeit. **H. Voigt,** Kanarienz., Nordhausen a. Harz.

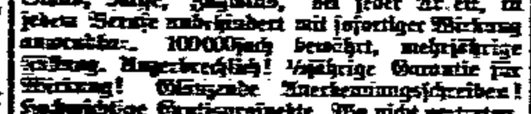
Harzer Edelroller 8, 10, 12, 15 u. 20 M. vers. auf m. Ges. 14 Tg. Probe ev. Betrag zurück. Preisliste 20 ₰ Hugo Werkmeister, Kallmerode 3, b. Leinefelde (H)

Böhmische Bettfedern

füllfertig, von 9 Pfund Versand portofrei gegen Nachnahme. Ein Pfund halbweiße Mk. 2,—, 2,50, flaumige weiße Mk. 3,80, 4,50, Flaumrupf 5,—, Spezialität 6,50, Daunen 7,50, 8,—, 10,50 Mk. Muster und ausführl. Preisliste über gebrauchsfertige Betten von Josef Christl Nachf., Cham 441, (bayr. Wald) Umtausch gestattet oder Geld retour.

Bienen-Schleuder-**Honig** gar. rein, beste Qualität, goldklar, 10 Pfund Dose 10,50 Mk., halbe 6 Mk. frko. Nachn. 50 Pf. mehr. Garantie Zurücknahme. **W. Krieger,** Imkerei, Rietberg 20 (Westf.)

Zum Schutze des Bergmanns!



Taschen-Inhalierapparat Preis 1,— Mk. Postnachnahme, bei Mehrbezug) bei rauher Witterung, verdorbener Luft, Staub, Rauch, Zugwind, bei jeder Arbeit, im jedem Berufe unübertroffen mit sofortiger Wirkung anzuwenden. 100000fach bewährt, mehrjährige Haltung. Unzerbrechlich! 1/2jährige Garantie für Wirkung! Glänzende Anerkennungsschreiben! Hochwichtige Gratisprospekte. Wo nicht vertreten, Bezug direkt beim Alleinfabrikanten: **F. X. Vogt, Vilsbiburg (Bayern).**

Pa. Harzkäse direkt ab Käserei, 60 Stck. 1,80, 120 3,40 M. **Bauernkäse** 60 Stück 4,10, extra gr. Bauernkäse 30 Stck. 3,90 Mk. Geg. Nachn. ab Wernigerode. **Käserei Laas, Wernigerode a. H. 28** Vertreter gesucht!

Bettnässen Befreiung sofort. Auskunft kostenl. Alter und Geschlecht angeb. Dr. med. Hausmann & Co., Velburg 145 (Bayern).

Edamer-Art-Käse fett, 2 Kug. 9 Pfd. M 6,20 Tilsiterart fett, 9 Pfd. 7,50, Echter Schweizer, vollfett, 9 Pfd. 13,95. Edamerart, fett, 9 Pfd. 7,50, Limburger Fettkäse 9 Pfd. 9,45 200 Harzerkäse 5,15 Orig. Edamer Fettkäse 9 Pfd. 10,85. Neue, fette Riesenmatjesheringe, 5 Kilo-Postfaß 5,70 Pflaumenmus 5 Kilo Eimer 5,70 per Nachnahme frei Haus. **Feinkostversandhaus Hamburg,** Hamburg 4, Kielerstr. 74. (Inhaber A. Mäser).

Ia. Harzer Käse feinste Qualitätsware, goldgelb, pikant und speckig, Kiste mit 60 St. 2.90 M. 2 Kist. 5.40 M. franko Nachnahme. Harzer Käsefabrik **Emil Schatz & Sohn, Blankenburg 16 (Hz.)**

Großer Katalog über alle Musikinstrumente gratis! Harmonikafabrik **C. Max Härtel** Klingenthal-Sa. 48.

Empfehle Ia. junge Hafer-**Mastgänse** leichte Mk. 1,— bis 1,10, schwere Mk. 1,10 bis 1,20 p. Pfd. Keine Fischfütterung **Paul Raasch,** Tilsit. Gegr. 1892. Beste Bezugsquelle für Eier, Butter, Käse und Wild.

Sprechapparate in allen Preislag.n von Mk. 25,— an aufwärts Kataloge umsonst von **Musikhaus Rich. Curth Pforzheim Nr. 42.**

Schuhe f. Gruben- u. Hüttenarbeiter, extrastark M. 8,00, 9,50, 10,00. Bergs Gebirgsstiefel M. 13,— 3 Paar M. 36,— Nachn. **Peter Wählen,** Geilenkirchen-Hünshoven (Bez. Aachen.

36 Berg Gebirg 47 Strapazierstiefel, erstkl., 3 doppelte Sohlen, Garantie, wasserd. 14 Mk., 3 Paar 34 Mk. Gruben- u. Arbeitsst., extra stark 8 Mk., 3 Paar 21 Mk. Nachn. Fr. Fischer, [illegible]

Musikinstrumente

Harmonika-, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise. Schallplatten 2,50 Mk. **Ernst Heß, Nachf.,** Gegr. 1872 Klingenthal Sa. 479 Großer Katalog gratis.

Wacholdersaft (Prospekt gratis!) Als bestes Mittel zur Blutreinigung u. gegen Lungen-, Nieren-, Rheumaleiden usw., von Pfr. Kneipp empfohlen. Dose (5 Pfd. netto) Mk. 3,20; 5 Dosen M. 12,50 inkl. Nachnahme. **J. A. Thaeter,** Regensburg 19. Vertreter gesucht.

Für Bergmänner geeignet sind: **Schwarze Manchester-Mützen,** [illegible] Mk. 1,20 [illegible]

Kernleder-Schnürschuhe, [illegible] 14,00 RM. **Prima Schaftstiefel** 15,00 RM. **Stiefel** [illegible] 10,00 RM. [illegible]

Johannes von Au, jun. [illegible], Württemberg.

C. A. Wunderlich Markneukirchen-Siebenbrunn 86. Gegründet 1854. Qualitätsware, Katalog frei

Achtung! Es werden weitere Betriebe in Bezirk Recklinghausen, Gelsenkirchen und Dortmund gesucht. Es melden sich nur erfahrene [illegible] oder [illegible] melden. [illegible]: Sonntags vormittags. **Bottrop-Welheimkolonie,** [illegible] 45.

Qualitäts-Betten [illegible]

Bettfedern [illegible] **A. & H. Frankenau,** [illegible]

Volksfürsorge [illegible]

Bettfedern

[illegible]

Meinel & Herold, Musik-Instrumente Sprechapparate u. Harmonika-Fabrik, Klingenthal i. S. 146

versenden direkt an Private ab Fabrik zu niedrigsten Fabrikpreisen unter Ausschaltung jeglichen preisverteuernden Zwischenhandels

Musikinstrumente für Orchester, Schule u. Haus.

Grosser Hauptkatalog wird an Jedermann kostenfrei versandt.

Violinen von M. 5,— an. Clarinetten von M. 9,— an. Große Flöten von M. 6,50 an. Konzertzithern in größter Auswahl v. M. 19,50 an

Umtausch gestattet, daher kein Risiko bei Bestellung.

Ziehharmonikas (Wiener Modelle) 10 Tast. 2 Bässe M. 9,75, " " 10,50

Gitarren mit Mechanik, kompl. von M. 12,50 an. Mandolinen mit Mechan. kompl. von M. 7,50 an. Trommeln für Schüler von M. 8,— an, Trommeln für Vereine v. M. 23,25 an. Ordonnanz-Trommelfl. M. 4,25

!!! Ueber 14000 amtlich beglaubigte Dankschreiben aus Musikerkreisen !!! beweisen schlagend unsere Leistungsfähigkeit.

Alle Aufträge von M. 10,— an führen wir innerhalb Deutschlands portofrei aus.

Ziehharmonikas (Deutsches Modell) 10 Tast., 2 Bässe von M. 5,75 an.

Violin-Formetui M. 2,90 an. Gitarr-Zithern mit 5 Akkordgruppen v. M. 18,25 an. porto- u. verpackungsfr. Ordonnanz-Signalhörner M. 14,75. Trompeten von M. 52,25 an

Sprechapparate mit Haube von M. 40,— an, Platten M. 2,50 per Stück. Haben Sie nur Interesse für einen Apparat, so verlang. Sie Liste B.